

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 95.

Breslau, Donnerstag, den 24. April 1913.

24. Jahrgang.

Der belgische Generalstreik in der Kammer.

Die Regierung läßt sich nötigen.

Die belgische Kammer nahm am Dienstag die Abstimmung über den Antrag der Liberalen vor, der am Freitag gestellt wurde. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde von den Katholiken dahin motiviert, daß nicht die Erklärungen, die der Ministerpräsident in der vorigen Woche abgab, sondern die sämtlichen Erklärungen, die er in der letzten Zeit über die Wahlreform der Kammer machte, als Basis für die Tagesordnung aufgefaßt werden. In dieser Tagesordnung heißt es:

Eine Kommission soll eingesetzt werden, die das Problem der Provinzial- und Kommunalwahlen studieren soll und, wenn sie eine bessere Formel als die gegenwärtige findet, könnten sogar für die Parlamentswahlen 1914 die neuwählenden Abgeordneten ihre Wähler über deren Meinung befragen. Sollten sich die Wähler im Sinne der Revision ausdrücken, dann würde sich wohl niemand der Verfassungsrevision widersetzen. — Die Katholiken beantragten ferner, den Generalstreik zu mißbilligen.

Der erste Teil der Tagesordnung wurde mit allen Stimmen ohne die Stimme des Ministerpräsidenten, der sich seiner Stimme enthielt, weil seine eigene Erklärung zur Abstimmung stand, angenommen. Der zweite Teil der Tagesordnung wurde mit allen Stimmen gegen die Sozialdemokraten und bei Enthaltung von 12 progressivistischen Stimmen angenommen. Hierauf wurde die ganze Tagesordnung mit 138 gegen 2 Stimmen bei 38 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

Nun soll, wie weiter berichtet wird, heute der Nationalrat der belgischen Arbeiter und eventuell am Donnerstag oder Freitag ein außerordentlicher Parteitag über das Schicksal des Generalstreiks entscheiden. Obwohl die knappen Meldungen noch keinen genauen Einblick in die parlamentarischen Aussichten der Wahlrechtsfrage gestatten, crachten wir die gemachten Zusagen doch für so unbestimmt, daß sich die Arbeiter nach unserer Auffassung darauf nicht einlassen sollten. Man merkt es diesen Zusicherungen ordentlich an, wie gequält und ungenügend sie abgegeben wurden. Doch die Entscheidung liegt bei der belgischen Arbeiterchaft selbst. Sie wird es selbst am besten beurteilen können, ob der Streik bis zur Verwirklichung der Wahlreform fortzuführen ist, oder ob man Gewehr bei Fuß und jederzeit bereit, den Kampf erneut aufzunehmen, den vorläufig einstellen soll. Fest steht jedenfalls, daß die kämpfenden Arbeiterbataillone noch völlig ungeschwächt sind. Der Streik hat auch in den ersten Tagen dieser Woche noch an Ausdehnung gewonnen.

Aufruf der Parlamentsfraktion.

Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei erläßt folgenden Aufruf an die Arbeiter:

„Die Kammer hat heute durch einstimmiges Votum die Erklärung der Regierung gutgeheißen, deren Bedeutung die Vertreter der Arbeiterpartei bereits am 18. April anerkannt und betont hatten. Unter diesen Umständen ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die Arbeiterpartei heraten muß. Das Streikkomitee wird am Mittwoch vormittag zusammenzutreten, um über den Antrag auf Einberufung des außerordentlichen Parteitags für Donnerstag nachmittag zu beraten.“

Der Aufruf schließt: „Die Streikenden mögen mehr als je in Treue zur Wahlrechtsfrage verharren und keiner Moge die Arbeit wieder aufnehmen, bis das Ziel erreicht ist.“

Die steigende Flut.

In dem flandrischen Industrielanden Renais haben die Arbeiter von zwei großen Textilfabriken, wo bis jetzt weiter gearbeitet wurde, für Montag gekündigt. Die Zahl der Streikenden in Renais wird somit 6000 betragen.

Das Streikbulletin.

Am Sonntag vormittag wurde in den Straßen Brüssels die erste Nummer des in Lille gedruckten Streikbulletins der Arbeiterpartei, „Bulletin de la Greve Generale“, das als Ersatz für den vom Segeerstreik betroffenen „Peuple“ dienen soll, ausgeben. Das Bulletin erscheint in großem Format auf zwei Seiten, kostet 5 Centimes pro Nummer und enthält nur auf die Streikbewegung bezügliche Nachrichten und Artikel.

Demonstration in Charleroi.

Am Dienstag fand in Charleroi eine Demonstration statt, an der alle streikenden Arbeiter des Reviers teilnahmen. Der liberale Bürgermeister hat die Demonstration erlaubt, nachdem das örtliche Streikkomitee erklärt hatte, es stehe für ihren ruhigen Charakter und für die Aufrechterhaltung der Ordnung ein. Mehrere Hundert Ordner des Streikkomitees werden den Aufzug begleiten.

Neueren Nachrichten zufolge nahmen an der Demonstration 50.000 Personen teil.

Neues Anwachsen des Streiks.

Nachrichten vom Dienstag nachmittag besagen: Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt über 450.000. In Brüssel traten heute 1000 Gas- und andere Gemeinbedarbeiter ebenfalls in den Streik; sie werden durch Pioniere ersetzt. — Die Brüsseler Zeitungsfleger haben geschlossen, Maßregeln zur vollständigen Durchsicherung des Streiks zu treffen. Infolgedessen sind nur zwei Nachmittagsblätter erschienen.

Oberschlesien im Lohnkampf.

Drohender als Feind und Feind es anfangs erwartet hatten, erhebt der Streik in Oberschlesien sein Haupt und alle Beschwichtigungs- und Verschleiерungsstaktik der Grubenblätter vermag die Tatsache nicht mehr zu verhüllen, daß Zehntausende der ober-schlesischen Grubenproletariat die Gade hingeworfen haben, um allen nationalen und religiösen Gegensätzen zum Trotz durch gemeinsames Handeln eine Besserung der Lebensverhältnisse zu erzielen. Geben die Arbeiterorganisationen den Umfang des Streiks auf etwa 60.000 Beteiligte an, so müssen jetzt auch die Grubenverwaltungen 40.000 Arbeitskräfte ausstellen, das ist in Oberschlesien mit seinen kurzen und wilden Streiks schon eine gefährlich große Beteiligung. Ihre Wirkung tritt am deutlichsten in der Kohlenförderung der Eisenbahn zutage — 11.217 Waggons am Montag voriger Woche, 4778 Waggons am Montag dieser Woche. Ueber die Hälfte der Förderung ruhte und zwar nicht nur am „blauen Montag“, sondern auch die anderen Tage. Der polnische Bergarbeiterverband, der neben der freien Organisation an der Spitze der Bewegung steht, hat zahlreiche agitatorische Sitzmannschaften aus Posen und dem Westen herangezogen, außer diesen beiden Verbänden sind noch die Christen und die Hirsch-Dunderschen am Streik beteiligt. Abwärts stehen nur die katholischen Facharbeiter. Welt der liebe Gott geboten hat: „Du sollst arbeiten“, halten sie den Streik für nicht erlaubt und ihre geistlichen Leiter sind jetzt dem Spott der ganzen Arbeiterbewegung ausgesetzt. Denn die Arbeiter haben wahrlich genug Ursachen zum Kampf!

Wie lebt der ober-schlesische Bergmann?

Die Lohnbewegungen im ober-schlesischen Kohlenbergbau lenken den Blick wieder einmal auf den schwärzesten Winkel Deutschlands. Eine Wanderung durch Rattowitz, Königshütte, Beuthen und andere ober-schlesische Industriestädte wird jeden davon überzeugen, daß hier die große Masse der Arbeiterbevölkerung heillose keine ausreichende Ernährung und Wohnung, geschweige denn gefüllte Kompositküffeln hat. Tuberkulose und Trunksucht, die unvermeidlichen Begleiterscheinungen des tiefsten wirtschaftlichen und sozialen Elends, tragen zur Abfüzung des Menschenlebens in erschreckendem Umfange bei. In einem Alter, wo unter normalen Verhältnissen der Mensch in der Blüte des Lebens steht, welken hier die früh verbrauchten Männer und Frauen dahin. Schon die greisenhaften Gesichter und unterernährten Körper der Schuljugend spiegeln das elende Milieu, in dem hier die jüngeren Generationen verkümmern. Eine Lohnbewegung in solch einem Industrierevier müßte in ganz Deutschland mit aufrichtiger Sympathie verfolgt und gutgehehen werden. Das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß die sinnlose Vergeudung der Menschenleben, die nur einigen Industriemagnaten einen unmittelbaren Vorteil bringt, eingestellt wird. Deutschland hat keinen Anlaß, auf seine wirtschaftliche Stärke stolz zu sein, wenn die Erfolge am Weltmarkt mit mehr Menschenopfern erkauft werden müssen, als die mörderlichsten Schlachten der Weltgeschichte. Wie traurig es noch um die Lebensverhältnisse in Oberschlesien bestellt ist, erfährt man aus einem Vergleich der Ergebnisse der amtlichen Lohnstatistik mit den Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Die nachstehende Tabelle enthält die Summe des durchschnittlichen Jahreseinkommens eines ober-schlesischen Bergarbeiters und die jährlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Arbeiterfamilie für einzelne Industriestädte in Mark:

	Durchschnittslohn	Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Beuthen	Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Gleiwitz	Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Rattowitz	Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Königshütte
1900	877	947	1044	969	1042
1905	867	1067	1151	1095	1097
1911	950	1136	1212	1208	1208
1912	1053	1245	1275	1211	1170

Das Lohnverhältnis des ober-schlesischen Bergarbeiters reicht also nicht einmal aus, um ihn, seine Frau und zwei Kinder einigermassen ausreichend zu ernähren. Woher soll er die Unkosten der Wohnungsmiete, Bekleidung, Steuern u. dergleichen? Er kann sich und seine Familie nur durchs Dasein schleppen, indem er die Ausgaben für die Ernährung einschränkt. Er ist also zum Hungerdasein verurteilt. Ueber die allgemeinen volkswirtschaftlichen Schäden eines solchen Zustandes sollte man sich nicht hinwegtäuschen. Auch die Großen, so schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz, im ober-schlesischen Bergbau sollten sich selbst sagen, daß der von ihnen betriebene Hausbau an der Volkskraft eine Grenze hat. Was nügen alle Bodenschätze, wenn schließlich die Hände fehlen, die sie heben und verarbeiten sollen? Die Abwanderung der Arbeiter aus Oberschlesien nach dem westlichen Industriegebiet u. nach überseeischen Ländern ist doch keine Zufallserscheinung! Vergleichsweise sei noch erwähnt, daß der Durchschnittslohn eines Bergarbeiters im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1912 1585 Mark und im hiesigen Revier 1580 Mark betrug.

Was tut die Regierung?

Sie schiebt mehr Schulleute! Schulleute und Gendarmen gegen den Hunger des Bergmanns. Aus Rattowitz wird heute gemeldet: Die Verstärkung des öffentlichen Schutzes in den Landgemeinden wird noch weiter fortgesetzt. Mit dem heutigen Morgenschnellzug traf hier eine größere Anzahl von Breslauer Schulleuten ein, die sofort nach den bei Rattowitz gelegenen Voerschächten weiter befördert wurden. Das ist schon die dritte oder vierte Sendung, obgleich der Streik bisher absolut friedlich verlief und keinem Schwarzbeamten ein Haar gekrümmt wurde. Aber statt eines Druckes auf die millionenschweren Grubenmagnaten sendet die Regierung — Schulleute!

Der Umfang des Streiks.

Der Procentsatz der Streikenden ist auf den einzelnen Schächten sehr ungleich, er schwankt zwischen 81/2 Prozent, Wolfganggrube, 46 Prozent, Albrechtsgrube und 81 Prozent, Castellengrube, 88 Prozent Brandenburggrube. Der Betrieb auf Voerschacht, Hedwigswunsch- und Ludwiggrube ist teilweise eingeschränkt, die Verwaltung hat zur Aufrechterhaltung des Betriebes Kohlen aus dem Waldenburger Revier bestellt.

Im Streikrevier.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Auch am Dienstag hat der Streik noch zugenommen, auf den betroffenen Gruben haben viele bisherige Arbeitswillige die Arbeit eingestellt, andere sind von den Verwaltungen nach Hause geschickt. Auch auf die fiskalischen Schächte hat der Streik jetzt Übergreifen; die Debiterschächte in Rattowitz stehen bereits still und es ist sehr leicht möglich, daß der Streik schon am Mittwoch das ganze Industriegebiet erfaßt haben wird. Die Zahl der Streikenden wird jetzt auf 60 bis 65.000 geschätzt. Außer kleinen Plänkeln unseiner Kurzen, die meist nicht zu den Streikenden gehören, herrscht völlige Ruhe, die direkt bewundernswert ist. Der ganze Ernst der Situation ist den Arbeitern vom Gesicht abzulesen, deshalb geht auch alles der Polizei aus dem Wege.

Die Lage der Polizei ist direkt bemerkenswert, Gendarmen und Schulleute haben nichts zu tun. Die Verwaltungen reiten in großen Kolonnen Patrouillen, um zu zeigen, daß sie immer noch da sind, und die andern Herrn spazieren in der Nähe ihrer Maschinenquartiere oder langweilen sich sonst halb zu Tode, und dabei es nicht vor den Gruben noch hin und wieder einige Stunden Posten zu setzen, dann bedeutet das Kommando nach Oberschlesien eine direkte Strafe. Da die ganze Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung den kommandierenden Gendarmen und Schulleuten übertragen ist, so ist die hiesige Polizei völlig außer Kurs gesetzt, was den Herrn Polizeibefehlshaber sehr unangenehm ist. Es ist daher zu verstehen, wenn der Rattowitzer „liberal“ Polizeichef jetzt ohne jeden Grund Bekanntmachungen an den größten Letzten losläßt, daß die Rattowitzer Polizei „das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen“ und das Privateigentum energisch schützen wird.

Die Folgen des Streiks machen sich sehr bemerkbar. In den betroffenen Gruben müssen auch die sogenannten hohen Beamten jetzt mitarbeiten, um nur die Wasserhaltungsmaschinen im Betrieb zu halten. Mehrere Güten haben ihren Betrieb erheblich eingeschränkt und in einigen Tagen dürfte es zum völligen Stillstand kommen was natürlich zur Aussperrung der Gütenarbeiter führen muß. Anfang nächster Woche aber müßten die Kohlen abgeblasen werden, was natürlich einen Schaden, der in die Millionen Mark geht, verursachen würde.

Die Berufsvereingung hat in ihrem letzten Flugblatt gefordert, „gemeinschaftlich soll die Arbeit nebergeleitet, gemeinschaftlich aber auch wieder aufgenommen werden.“ Dieser Satz verlangt also völlige Einigkeit! Der Bergarbeiterverband hat diese Forderung streng erfüllt, denn überall wo die Mitglieder der Berufsvereingung in Streik traten, schlossen sich die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes diesem wie ein Mann an. Es ist deshalb höchst ungebührlich, daß die polnische Berufsvereingung in Wort und Schrift jetzt wieder die Streikleitung des Bergarbeiterverbandes zu verächtlichen sucht. Neben andern wird jetzt das Gerücht verbreitet, daß der „sozialdemokratische“ Bergarbeiterverband auf den fiskalischen Gruben den Streik nicht proklamiert. Das ist einfach eine glatte Verdrehung der Tatsachen, denn die Führung in diesem Streik hat die Berufsvereingung für sich allein in Anspruch genommen und sie hat deshalb zu bestimmen, auf welchen Gruben gestreikt werden soll. Werden auf den fiskalischen Gruben die Mitglieder der Berufsvereingung in Streik treten, dann dürfen sie überzeugt sein, daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes Streikbrecher nicht werden. Aber sie, die führende Organisation, fordert ihre Mitglieder nicht zum Streik auf, aber aber diese folgen nicht, und statt zum Streik zu sagen, wird in schamloser Weise gelogen und mitten im Kampf Verheugung getrieben. Diese Handlungsweise richtet sich selbst.

Die Kapitalistenföhlunge fangen inzwischen an nervös zu werden und obgleich die Gendarme und Schulleute vor langer Weile fast unkonnten, beginnen sie nach Militär zu schreien. Man will offenbar provozieren und eventuell ein Blutbad heraufzubekommen, womit man früher sein Ziel erreichen will. Ein dem gesunden Sinn der Arbeiterchaft werden aber alle Protokollstänke zuzufanden werden.

Christlicher Bericht.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: Der Kampf iohd nach wie vor weiter. Die Stimmung unter den Arbeitern ist wie die Organisationen behaupten, sehr gut, das Verhalten ruhige

7 11/4
Injektionsapparat
für die einblättrige Kolonienkultur
oder deren Stamm
Rundweite 40 mm
Durchmesser unter 1 mm
Injektion für Arbeitsmarkt 15 mm
Rundweite 25 mm
Bereitbar, Verjüngung, Auslösung
15 Minuten.
Injektion für die nächste Stammkultur
müssen die Vorrichtung 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

so daß die Polizei bloß keine Ursache hatte, einzuschreiten. Ein Kopfmangel macht sich bereits bemerkbar, es haben sich daher einzelne Stützen veranlaßt gesehen, ihren Betrieb einzuführen oder stillzulegen. Die Marx-a-Mitte in Rattow hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß sie die auf weiteres gezwungen ist, den Betrieb stillzulegen, so daß die ganze Arbeitererschaft lernen muß. Die Angabe, daß die Zahl der Streitenden 80000 beträgt, beruht auf Wahrheit.

Bech!

Oben ist das Luftschiff von Luneville nach Metz zurückbefördert, eben ist der Spetakel wegen der Lausbubengeschichte von Nancy verklungen, da haben zwei neue deutsche Militärflieger das Bech, auf französischem Boden zu landen. Ueber den Vorfall liegen folgende Meldungen vor:

Paris, 22. April. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Seit früh 7 Uhr landete in Arracourt ungefähr drei Kilometer von der Grenze entfernt, ein deutscher Doppeldecker. Das Flugzeug, Modell „Seller“, hatte einen Motor von 70 Pferdekraften und war bemant mit zwei Offizieren, von denen einer die Uniform eines Fliegerhauptmanns, der andere die Uniform eines Infanterie-Leutnants trug. Das Flugzeug überflog ungefähr 6 Kilometer weit französisches Gebiet. Die Offiziere erklärten, beim Morgens 5 Uhr von Darmstadt mit der Bestimmung nach Metz abgefahren zu sein. Sie hätten dichten Nebel gehabt und in der Umgebung von Metz die Richtung verloren. Erst bei der Landung sei nach Befragen der Bewohner erkannt worden, daß sie sich auf französischem Gebiete befänden. Der Unterpräfekt von Luneville prüfte die Angaben über das Flugzeug und die zurückgelegte Strecke und verhörete die beiden Offiziere. Drei Fliegeroffiziere aus Toul, Epinal und Verdun, sowie ein Fliegerhauptmann aus Nancy wurden von der Militärbehörde an Ort und Stelle geschickt. Die Zivil- und Militärbehörden erkennen übereinstimmend als Grund zu der Landung hiesiger Gewalt an.

Der Zwischenfall hat sich diesmal glatt erledigt, denn der deutsche Militärdoubledecker ist nachmittags 5 Uhr 35 Minuten wieder aufgefliegen. Der Unterpräfekt von Luneville, Racombe, ein Gendarmeriehauptmann und Vertreter der Behörden wohnten der Abfahrt bei. Die beiden in Frankreich gelandeten Flieger sind dann um sieben Uhr bei der Metzger Fliegerstation eingetroffen. Nach privaten Meldungen soll die Aufnahme der bei Arracourt gelandeten deutschen Offiziere bei den Behörden und bei der Bevölkerung durchaus freundschaftlich gewesen sein.

Die französische Regierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls an den französischen Botschafter in Berlin Instruktionen erteilt, die ihn auffordern, die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die wiederholten Landungen von deutschen Ballons und Luftkugeln in Frankreich nahe der Grenze hinzuwirken und auf die ersten Ungutzugriffe zu reagieren, die aus den bedauerlichen Zwischenfällen entstehen könnten. Gleichzeitig ist Herr Cambon beauftragt worden, den deutschen Reichskanzler zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, um Wiederholungen derartiger Ereignisse zu vermeiden. Ferner erhielt Herr Cambon den Auftrag, sich mit der deutschen Regierung wegen der unaussprechlichen dauernden Regelung des Luftschiffverkehrs ins Einvernehmen zu setzen. Der französische Ministerrat genehmigte die betreffenden Anträge der französischen Adhärenzkommission vollständig und Herr Cambon wird dieser Beschluß auf kürzestem Wege übermitteln werden.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, sind wegen der verschiedenen Fälle von Landungen deutscher Luftschiffe jenseits der Grenze bereits von der deutschen Regierung Maßregeln eingeleitet worden, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern. Es sind Besprechungen mit der französischen Regierung im Gange, die die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der Luftschiffahrt bezwecken.

Zu schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

(Nachdruck verboten.)

„Im Hofe war es schwarz und finster. Ein fetter, dicker Regen ging nieder. Carlens lehnte mit dem Kopfe an der Mauer.“

„Ich bin betrunken“, rief er, „ich bin ganz und gar betrunken.“

Der Magen rebellierte gegen das Bier, aber zum Erbrechen konnte er es trotzdem nicht bringen. Er schloß die Augen und ließ sich auf die Erde sinken.

„Ich bin betrunken, ich bin betrunken! Gott im Himmel, ich bin betrunken!“

Im Zimmer bestellte Claus eine neue Runde und fünf Cognac.

„Hörst Du?“ fragte Berni.

„Das wirst Du gleich sehen.“

Claus nahm den jüngsten und gab ihm in Carlens Bier. Marie grünte.

„Das ist nichts wert“, sagte Berni mit einem Lächeln von Müdigkeit.

„Was kann ja wohl einen Spaß machen. Was meinst Du, Marie?“

Marie fand den Spaß ausgedehnt.

Im selben Augenblick kam Carlens herein.

„Wir haben eine neue Runde bestellt. An die Gewehr!“

Der Cognac reichte aus. Carlens gab das Bier bedeutungslos hinüber. Er wollte ihnen schon zeigen, was er konnte.

„Sieh Dich zu mir“, sagte Marie, „ich würde Dich einladen.“

Carlens rückte auf den anderen Stuhl, er sah nun neben ihr.

„Carlens versteht zu trinken“, sagte Claus anerkennend.

„Darauf laßst Du Dich mehrer Seele verlassen! Noch eine Runde, Berni.“ Carlens fing an, rablat zu werden. Das Schellen hatte er bis jetzt dem Viehhändler überlassen.

Die Runde kam.

„Du hast aber schön gewacht“, sagte Marie, als sie den Cognac gekostet hatte.

„Du wachst schön so viel“, sagte Carlens und fiel beinahe mit der Nase auf den Tisch.

Es wurde immer heiserer geworden. Wenn Berni einen Augenblick wegsah, sah Marie ihren Cognac in Carlens Bier.

Politische Uebersicht.

Untersuchungs- oder Vertuschungskommission?

Die Budgetkommission des Reichstags hat am Dienstag den Antrag des Zentrums auf Enderkung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Militär- und Marinelieferungen angenommen; sie hat aber einen sozialdemokratischen Antrag, dieser Kommission das Recht der zugeordneten Vernehmung zu geben, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Man hat gegen den sozialdemokratischen Antrag geltend gemacht, daß es zu seiner Durchführung eines besonderen Gesetzes bedürfe. Warum macht man dieses längst notwendige Gesetz nicht? Im Reichstag kann es im Ganzenbilden angenommen werden, und der Bundesrat würde ihm kaum die schleunige Zustimmung verweigern können, wenn er sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, die Vertuschung strafbarer Handlungen zu begünstigen. Es ist nur zu wünschen, daß der sozialdemokratische Antrag im Plenum wiederholt wird und daß er dort ein besseres Schicksal findet als in der Kommission.

Wird beim parlamentarischen Untersuchungsausschuss das Recht der Zeugenvernehmung verweigert, dann ist das wenig herauskommen wird. Er wird dann stot einer Untersuchung eine Vertuschungskommission sein und eine Verschleppungskommission obendrein. Denn der entscheidende Augenblick zur Bewertung der gewonnenen Ergebnisse liegt vor dem Abschluß der neuen Militärlieferungsverträge, die sofort nach der vorausgesetzlichen Bewilligung der Heeresvorlage zum Vollzug gelangen werden. Werden diese Verträge vor Abschluß der Untersuchung abgeschlossen, dann hat die Kommission das Nachsehen; sie kann dann wohl auf Grund unzureichenden Materials — wenn sie keine Zeugen vernehmen kann — ein wenig hinterdrein räsonnieren, aber ändern kann sie dann nichts mehr.

Es ist also notwendig, daß der Kommission alle Befugnisse verliehen werden, die sie befähigen, zu einem fruchtbaren Ergebnis zu gelangen, und daß der Abschluß neuer Lieferungsverträge solange aufgeschoben wird, bis ihre Gutachten dazu vorliegt. Wird aber die Militärvorlage über Hals und Kopf angenommen, werden Krupp, deutschen Waffen- und Munition- und den anderen Lieferungs-Interessenten abermals Millionen und Abermillionen an Profitten in den Schoß geworfen, so bleibt die hinterdrein einsehende, mit unzureichenden Mitteln arbeitende parlamentarische Untersuchung reine Komödie.

Das frivole Spiel!

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ nimmt zu den Enthüllungen des Genossen Liebknecht im Reichstage in einem Artikel Stellung. Sie schreibt u. a.:

„Um ein Dokument von ebenso großer kulturhistorischer wie staatshistorischer Bedeutung sind wir damit bereichert worden. Freilich um eines, zu dessen Kennzeichnung kein Wort der Entrüstung zu scharf sein kann. Der Reichstag hat ja mit einer Einmütigkeit, die von der Vertuschungspolitik der reaktionären Presse wolkig abblüht, und die sichtlich das einzig Keimliche in dieser ganzen Affäre ist, sein Urteil über die von dem Abgeordneten Liebknecht aufgedeckten Bräutchen in der Rüstungsindustrie gefällt. Er hat insbesondere der Firma Krupp sehr wohl klargemacht, was wir bereits am Sonnabend an dieser Stelle geschrieben haben, daß nämlich alle Erklärungen und Versicherungen der Firma jetzt gar nichts mehr nützen, daß vielmehr: jetzt der Tatbestand schonungslos aufgedeckt werden muß und daß nur aus einer solchen schonungslosen Untersuchung Klarheit über Schuld oder Nichtschuld der Firma gewonnen werden kann.“

Aber der Reichstag hat sein Interesse, wie uns scheint, allzu sehr auf den Fall Krupp konzentriert. Das Gebaren der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten ist dadurch in seinen Debatten allzu sehr in den Vordergrund getreten und doch ist es nötig, dieses Gebaren in das hellste Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Denn dieser Fall ist, wenn möglich, noch skandalöser und gefährlicher als der andere. Das schallende Geschrei des Reichstags ist die einzig richtige Antwort auf die Erklärung des Kriegsministers für den Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten gewesen.“

Nach einer Schilderung des Vorgehens der Geschäftsführer und der Geppresse hüben und drüben fährt das Blatt fort:

„Man kennt diese Methode. Aber zum ersten Male ist mit dem Briefe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten jetzt wohl ein Fall dokumentarisch erwiesen, in dem tatsächlich das ganz gewöhnliche Geschäftsinteresse der Rüstungsindustrie den Anstoß zu solchen Klärungsdebatten geben sollte oder gegeben hat. Zum ersten Male stehen die Zusammenhänge, die man bisher nur kombinieren, unumstößlich fest, ist es für aller Augen klar erkennbar, daß tatsächlich mit dem Glück, dem Frieden und dem Wohlstand der Völker ein frivoles Spiel getrieben ist, bloß damit einige industrielle Unternehmen vermehrte Bestellungen erhalten, Beschämendes für unsere großkapitalistische Kultur, wie für das gegenwärtige politische Verhältnis der europäischen Völker konnte wohl nicht festgestellt werden. Aber damit kann der Fall unumstößlich erledigt sein. Schon die Verwaltung der Gesellschaft müßte jetzt auf absolute restlose Klarstellung drängen. Im Ausschusse der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten sitzen die Vertreter allererster deutscher Banken, so der Disconto-Gesellschaft, der Dresdener Bank u. a.; auch der Reichsadmiral z. D. Hans Sack sitzen darin! Unendlich wichtig ist es jetzt, daß das deutsche Volk unbedingt Klarheit haben muß. Wir wollen wissen, ob noch andere Briefe gleichen Charakters in den Geheimarchiven der Rüstungsunternehmen verborgen sind! Wir wollen wissen, welche Verbindungen von diesen Unternehmen zu den Hezern des Rüstungswahnsinnigen dieses und jenseits der Grenzen sühren! Wir wollen wissen, wie die berühmte 1813-Stimmung dieses Jubeljahres finanziert worden ist! Also eine parlamentarische Untersuchung, das ist das Einzige, was die Luft wieder reinigen kann. Aber natürlich nur eine Untersuchung, die wirklich etwas aufdecken vermag. Darum verlangen wir nach den Beispielen anderer Länder die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mit richterlicher Kompetenz, die das Recht hat, die Vorlegung des Beweismaterials zu verlangen, die Zeugen eidlich zu vernehmen und deren Aussagen, genau wie der Richter, nötigenfalls auch zu erzwingen. Es ist eine von den vielen Rückständigkeiten unseres konstitutionellen Lebens, daß wir solche parlamentarischen Untersuchungskommissionen mit richterlicher Kompetenz noch nicht kennen, und daß deshalb die Enquêtes, die der Reichstag fordert, regelmäßig auslaufen wie das Hunderter Schießen; weil die Interessenten nur das Nebenächlichste aussagen und das Wichtigste verschweigen, da sie zur Aussage nicht gezwungen werden können. Das hat sich schon oft gezeigt. Der jetzige Fall aber ist so trag, daß er unbedingt nötig ist, auch auf diesem Gebiete mit dem alten Mißbrauch zu brechen und zur Aufdeckung diejenigen Methoden anzuwenden, die in fortgeschrittenen Ländern selbstverständlich wären und die allein zum Ziele führen können.“

Die Sozialdemokratie wird nicht versäumen, Anträge in der hier angebotenen Richtung zu stellen und eine gründliche Untersuchung zu erzwingen — an den bürgerlichen Parteien wird es liegen, ob diese durchgreifenden Anträge Annahme finden.

Alldeutsche und Wehrvereiner triumphieren.

Die Regierung bestreitet, vom Wehrverein auf die Bahn der neuen Heeresvermehrung gedrängt worden zu sein. General Reim aber kann den Stolz seiner Vaterstadt nicht verleugnen. So führte er am letzten Sonntag auf dem alldeutschen Verbandstag in München aus:

„Alle, was die Regierung und auch die Redner der nationalen Parteien zur Begründung der Wehrvorlage vorbrachten, ist schon seit anderthalb Jahren vom Wehrverein und auch vom Alldeutschen Verband in Wort und Schrift gesagt worden. Selbst die Rede des Herrn Reichskanzlers steht infolgedessen auf dem Boden des Alldeutschen Verbandes und dem uns gutgesonnenen Ausland verstoßen. Ich möchte hervorheben, daß der Haupt- und Grundfehler unserer ganzen bisherigen Politik darin bestand, daß man den unerwünschten Verlust aus den Augen verloren hatte. Politik ist Wille zur Macht.“

„Wet uns ist die Politik aber überkotend so aufgefahrt worden, als ob es die höchste Staatskunst sei, unter allen Umständen den Willen zum Frieden zu betätigen. Das lautet: bürgerlicher Auffassung, in stücker Auffassung, in christlicher Auffassung sehr hübsch, aber die Weltgeschichte lehrt überall, daß nur die Völker sich in der Welt kräftig behaupten haben, die den Willen zur Macht höher stellen, als den Willen zum Frieden schlechweg.“

„Mein Gott, mein Gott!“ rief Berni.

„Was ist denn da zu jammern“, sagte Claus. „Wenn er ausgefallen hat, ist es vorüber.“

Er rüttelte den betrunkenen Körper mit Riesenkraften, aber Carlens war so bewußlos, wie ein Leichnam. Die heftige Bewegung hatte nur einen neuen Ausbruch des mißhandelten Wagens zur Folge.

„Es ist entsetzlich. Was sollen wir doch nur tun?“ Berni war ganz unglücklich.

„Was wir tun sollen? Marie und ich packen ihn an und schleppen ihn nach Hause. Ich habe noch nie einen Freund im Stiche gelassen.“

Marie hatte neugierig daneben gestanden. Sie sendete ihrem Galan jetzt einen bezaubernden Blick. Er war eben doch ein ganzer Kerl. Dann holte sie die Sachen, wie Claus befaß.

Von der Reinen Schenke führte ein schmaler Gang durch die Gasse nach der Fischergrube hinaus.

„Im Gange steht uns kein Mensch, in der Fischergrube auch nicht. Rappert sind wir an seinem Baden. Gdr“ endlich auf mit demem Flanieren.“

Er packte Carlens an und stellte ihn mit seinen Händen kräftig auf die Beine. Vorher hatte er kräftig in die Hände gespußt.

„Anfassen, Marie!“ Sie packten ihn beide unter den Arm und dann schleppten sie ihn den Gang hinauf. Es war keine leichte Arbeit; aber Claus hatte Kräfte und Marie war auch kein Spielzeug.

Berni sah ihnen mit einem leisen Seufzer nach. Es war nur gut, daß er auf diese Weise nach Hause kam.

„Was nun?“ sagte Claus, als sie vor dem Laden standen. Es war eine verdammte Sache, daß gerade an Carlens Ende eine Ladene war.

„Warte!“ Marie griff schamlos in Carlens Tasche und holte den Schlüssel heraus.

„Wir legen ihn in den Laden hinein; dann kann ihm nichts mehr passieren.“

„Gut! Dann mag der Klapperlaster sehen, wie er ihn weiter kriegt.“

„Ja“, sagte Marie triumphierend; ihre Stimme klang plötzlich heiser.

Carlens Ladenglocke schrillte durch die stille Nacht. Der gleichsam tote Körper wurde auf den Fußboden gelegt. Die Tür wurde vorsichtig wieder zugezogen. Zwei lange Gestalten verschwanden im Dunkel der Fischergrube.

(Fortsetzung folgt.)

Morgen Donnerstag: **Versammlung der sozialdemokratischen Wahlmanns-Kandidaten,**
Wahlhelfer und Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau im Gewerkschaftshause.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. April.

Alle Wahlmanns-Kandidaten,

Wahlhelfer und Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau versammeln sich morgen Donnerstag abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Es sind Abgeordneten-Kandidaten zu wählen und wichtige Vorarbeiten für die Landtagswahlen zu erledigen. Das Mitgliedsbuch oder die besondere Einladung als Wahlmanns-Kandidat dient als Ausweis.

Der nächste Sonntag ist einer

Flugblatt-Verbreitung

in allen Distrikten der Stadt gewidmet. Mehr als 100 000 Flugblätter werden in Breslau sollen erfahren, wie in Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht registriert wird und was zu tun ist, um diese Schmach endlich einmal zu beseitigen. Parteigenossen! Es müssen am Sonntag viele hundert pünktlich um 8 Uhr vormittag antreten, um alle Häuser mit Flugblättern zu belegen. Glaube keiner, er werde nicht gebraucht. Jeder Genosse, der beim Verteilen der Flugblätter helfen kann, sollte unbedingt zur Stelle sein.

Schöne Handlungsweise eines Berufsverbandes.

Eine recht niedrige Handlungsweise leistet sich die „Deutsche Musiker-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Musiker-Verbandes gegen die modern organisierten Zivilmusiker. In ihren Berichten aus Regnitz berichtet sie voller Beugung von Denunziantenstreichen, die ihre Kollegen gegen den Verband der Zivilmusiker gerichtet haben. Es heißt da in einem Versammlungsbericht aus Regnitz:

„Im Wintergarten, woselbst Sonntags hiesige Militärmusiker zum Tanze spielen, sind Kassierer tätig, wovon einer oder mehrere dem Zentralverbande angehören. Dies soll dem hiesigen Regimentskommando unterbreitet werden; auch kam zur Sprache, daß Kapellmeister Neuf, welcher dem sozialdemokratischen Wahlverein angehört oder angehört hat, bei patriotischen Zivilvereinen und auch Militärvereinen spielt und beschäftigt wird.“

Wegen der Kassierer des Wintergartens ist an das Kommando des hiesigen Regiments geschrieben worden.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Herrn Obermusikmeister Mehring soll Mitteilung gemacht werden, daß mit seinen Leuten im Badehause ein Musiker Tanzmusik spielt, welcher dem Polizeiarbeiterverbande angehört.“

Für was der Denunziant im ganzen Lande gehalten wird, das geht aus einem bekannten Sprichwort hervor. Die Handlungsweise der allgemeinen Musiker ist aber besonders deshalb so schäbig, weil dieselben Herren in zahllosen Großstädten, darunter auch in Breslau, selbst die sozialdemokratische Hilfe gesucht und gefunden haben. In Breslau wie andernorts haben sie sich nicht nur ein Jahrzehnt lang sehr gern die Luftläge sozialdemokratischer Vereine gefallen lassen, sondern auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten jahrelang um die Ver-

treitung ihrer Interessen bemüht — mit Erfolg für ihre wirtschaftlichen Bestrebungen! Daß solche Leute in Regnitz dann den Denunzianten spielen, dafür reicht kein parlamentarisches Wort zur Kennzeichnung aus.

Schlesische Industrie-Geschäfte.

Zu dieser Woche haben einige der größten schlesischen Aktiengesellschaften ihre Abschüsse veröffentlicht, sie zeigen gleichmäßig goldene Ernte. Die Vereinigten Zinke- & Hofmann-Werke, Breslauer A.-G. für Eisenbahnwagen, Lokomotiv- und Maschinenbau bringen einen Abschluß, der den Aktionären 17 Prozent Dividende sichert. Ein glänzendes Geschäft. Interessant ist dabei, daß im Geschäftsbericht trotzdem fortgesetzt darüber geklagt wird, daß einmal die Auslandsaufträge schlecht bezahlt worden wären, und zum anderen die Preise für die Staatsaufträge nach wie vor unbefriedigend seien und nicht im Verhältnis zu den erhöhten Löhnen und Materialpreisen stünden. Das sagt ausgerechnet ein Werk, das seinen Aktionären 17 Prozent Dividende verteilt, und „so wenig“ auch nur bestreuen, weil sie durch ihre jüngsten großen Umländerungen die Kapitalien künstlich vermehrt und die Dividende damit entsprechend heruntergedrückt hat!

Die Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, die heute mit 27,5 Millionen Mark Kapital arbeitet, verteilt an ihre Aktionäre 20 Prozent Dividende gegenüber 18 im vergangenen Jahre. Das Unternehmen ist glänzend finanziert; besitzt es doch heute mehr als zehn Millionen Mark Reserven! Allein 1912 wurden 4 Millionen Mark des Rohgewinnes zu Abschreibungen benutzt! Das Bankkonto der Gesellschaft ist auf 10 Millionen Mark angelegelt. Das Unternehmen, dessen Aufsichtsrat aus dem Fürsten Guido von Donnersmarck, Herzog von Gramont, Prinz Schöneich-Carolath, Fürst Söhenlohe-Dehringen, Graf Schwerin-Löwitz, Graf von Brodorski, Baron de Neuffize und eilichen gewöhnlichen Sterblichen besteht, hat für seine Bemühungen 310.000 Mark ein. Das sind für jeden Mann etwa 30.000 Mark.

Bei solchen Einnahmen, in so günstiger Lage, und einer durch Arbeit verpfändeten Leistung, wird jeder niedrige Arbeiterlohn zur Unanständigkeit und unmöglichen Ausbeutung. Deswegen kann wohl angenommen werden, daß bei der schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb glänzende Löhne gezahlt werden.

Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. teilt ihren Aktionären durch den Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1912 mit, daß man diesmal einen noch günstigeren Abschluß bringen könne als 1911. Die Dividende beträgt für 48 Millionen Mark Aktienkapital bei halb 4 Millionen Mark Reingewinn 6 Prozent (1911 3 1/2 Prozent). Auch kein schlechtes Geschäft, um so mehr, wenn berücksichtigt wird, was die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. bei ihrer Beteiligung an der Salanger Bergwerks-A.-G. in Norwegen verpulvert hat.

Auf zur Maiseier!

Die Herrschenden im Reich fordern mehr als 1000 Millionen Mark für neue Rüstungen zu Wasser und zu Lande, für den Krieg in der Luft. Heer und Treiber, denen das Völkermorden ein Geschäft mit großen Gelddinnen ist, wühlen und bahnen auf allen möglichen Schleichwegen, damit es zum entsetzlichen Schluß kommt. In solcher Zeit stellt sich die Klassenbewußte Arbeitererschaft auf den Plan, um ihr Maiseier zu feiern. Millionenfach erschallt es wieder weithin in alle Lande: Wie wollen keinen Krieg, der das Volk zugrunde richtet, wir wollen Frieden, Freiheit und Recht.

Der erste Mai fällt diesmal auf einen gesetzlichen Feiertag, den Himmelstagsfest. Wie Räder stehen also fest an diesem Tage, und alle alle, ob sie in den Werkstätten und Fabriken, auf Bauern oder in Schreibstuben arbeiten, sie können hinein am 1. Mai in die großen Vormittag-Verksammlungen, ins Gewerkschaftshaus und in den „Kronbetrieben“. Und nachmittag soll und muß der Auszug nach Morgenaus gewaltige Massen hinausführen ins Freie, zur flammenden Kundgebung für den Völkerriesen und die Wohlfahrt aller Leidenden und Geknechteten.

Die Gewerkschaftler und Parteigenossen Breslaus haben noch stets gewußt, was sie zu tun haben am ersten Mai; sie werden in diesem Jahre des wahnwitzigen Weltkrieges und des Wahl- und Wahlrechtskampfes erst recht auf dem Posten sein. Also auf zur großen Heerschau am 1. Mai!

Schwindelinserate.

Welcher Art ist die Inserate sind, die im „Breslauer General-Anzeiger“ erschienen, das enthielt wieder einmal eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Der für die Inserate dieses Blattes verantwortliche Redakteur Bergschuch hatte am 27. Februar eine seitunterschiedes großes Inserat aufgenommen, dessen Inhalt marktschreierisch und zum Teil auf die Täuschung des Publikums berechnet war. Aufgegeben war es vom „Gichto-Dr. Brunnenkürer“, m. B. S., Berlin SO 33, Abt. 17. „Ich kann Ihnen auf Ehre versichern“ so lautete das Inserat u. a., „daß ich das rechte Mittel besitze, die Ursache von Rheumatismus, Gicht, Podagra, Chiroagra, Gelenkschmerz, Nervenleiden, die durch das Vorhandensein von Harnsäure im Körper verursacht werden, wie Herzaffektionen, Nervenleiden, Schwellungen, Magenkrämpfe usw. Am Schluß dieser verlockenden Ankündigung heißt es: „Wenn Sie nicht sofort schreiben können, so bewahren Sie sich wenigstens die Annonce auf; sie kann Ihnen vielleicht auch noch das Leben retten.“ Auf Grund der Regierungsverordnung vom 23. September 1902 wurde das Inserat von der hiesigen Staatsanwaltschaft beanstandet, da es sich um eine marktschreierische Anpreisung handelte, die von ärztlich nicht approbierten Personen ausging. Redakteur Bergschuch hatte einen Strafbefehl über 20 Mark erhalten, gegen den er Widerspruch erhob. In der Schöffengerichtsverhandlung äußerte sich der geladene Sachverständige Geheimrat Dr. Wolffberg, daß in dem vorstehenden Inserat dem „wunderbaren“ Mittel eine über seinen wahren Wert weit hinausgehende Wirkung beigelegt wird. Bei Schwellungen, so wie Schwellungen und Magenkrämpfen sei das Mittel völlig nutzlos, weil diese Leiden durchaus nicht gichtischer Natur zu sein brauchen. Auch bei Nervenleiden (Nervenkrankung) könne „Gichto-Dr.“ unmöglich eine Heilung, ja nicht einmal Linderung hervorrufen. Die Stelle, „ich werde ihr Leben retten“, zeigt so recht, wie hochtönend und unläuter das wertlose Mittel angepriesen worden ist. Es könne sogar insoweit direkt schädlich auf den menschlichen Körper wirken, wenn nämlich der Patient durch die Anwendung des „Gichto-Dr.“ verdammt, sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu

Aus aller Welt.

Fliegerleben.

Nicht weniger als 7 1/2 Millionen hat die Nationalflugpende ergeben, und unzählige Millionen sollen von der Heeresverwaltung in den nächsten Jahren für die Fliegerei verausgabt werden. Da sollte man doch meinen, daß nicht nur die Flugzeugfabriken vollauf zu tun hätten, sondern daß es auch den Fliegern an lohnender Beschäftigung nicht mangelte.

Aber das Gegenteil ist der Fall: die Flieger klagen über Beschäftigungslosigkeit, elende Bezahlung und unerhörte Zumutungen, die ihnen von den Herren Fabrikanten gestellt würden. Die von ferne so romantisch aussehende, gewinnverheißende Fliegerei sei für die große Mehrzahl der Flieger nichts als eine große Enttäuschung und Demütigung. Für die Zumutung, täglich beim Einfliegen neuer Maschinen oder gar noch unerprobter neuer Typen das Leben zu riskieren, erhalte der Flieger nur ein erbärmliches Gehalt. Wache der Flieger aber „Kleinholz“, so kummerte sich der Fabrikant häufig zuerst um den angerichteten Materialschaden, erst zu allerletzt interessierte es ihn, ob denn auch der Flieger heil geblieben sei.

Auch die von der Verwaltung der Nationalflugpende ausgesetzten Prämien für Dauerflüge nützen der Mehrzahl der Flieger nichts. Die festangestellten Flieger der Fabriken konnten sich wohl diese Preise holen, aber wer stelle den engagierten Fliegern ein brauchbares Flugzeug zur Verfügung? Die Fabriken holten die ältesten „Rissen“ aus dem Schuppen hervor, deren Motor nicht einmal am Stand eine Stundenleistung aushalte und effizienten sie dem Flieger gegen Abtretung von 700 Mark des eventuell zu gewinnenden 1000 Mark-Preises. Vertraue sich der Flieger einem solchen Seelenverkäufer an und gelinge ihm wirklich ein Stundenflug, so erwarde ihn — nach Abzug der 700 Mark für die Flugzeugfabrik, der Versicherungssumme an die Viktoria und sonstiger Unkosten — ein Gewinn von — 20 Mark. Das ist die Alerarmut! Das sind die Gewinnchancen, die bei jedem Flug ihr Leben riskierenden „Küsterer“. Da-

bei hat die Verwaltung der Nationalflugpende jetzt einigen zwanzig Fabriken das Recht eingeräumt, bis zum Herbst je fünf Flieger auf Kosten der Flugpende auszubilden, die sich für die Fliegerei zu verpflichten bereit sind. Wie diese 100 Flieger später ihr Leben fristen sollen, wenn schon heute die Mehrheit der ausgebildeten Flieger sich ohne Engagement und Verdienst durchhängern muß, ist völlig rätselhaft. Die Flugzeugfabriken freilich haben den Vorteil davon: sie können sich aus der „Reservearmee“ der Flieger die brauchbarsten und gefügigsten Elemente aussuchen!

Vom Geist der deutschen Universitäten. Wir lesen in der „Chemnitzer Volksstimme“ die folgende Gegenüberstellung: 1848:

Im „Bonner Wochenblatt“ Nr. 82 vom 28. März 1848 findet sich folgendes Inserat:

„Heute um 10 Uhr vormittag findet in der Münsterkirche ein hochfeierliches Traueramt für unsere ... Berlin im Freiheitskampf gefallenen Väter statt, wozu sämtliche mitfühlenden Stadt- und akademischen Bürger als Leidtragende ganz ergebenst eingeladen werden.“

(Während des Gottesdienstes werden freiwillige Gaben zum Vorteil der Hinterbliebenen gesammelt.)“

Und 1913:

Das Amtsblatt für soziale Arbeit der Berliner Frauen-Studentenschaft hat von der hochbegabten Künstlerin Käthe Kollwitz eine Propagandaarbeit herstellen lassen. Die eine Arbeitergestalt zeigt. Diese Karte wurde auch am schwarzen Brett der Berliner Universität ausgehängt. Prompt erfolgte von der Universitätsbehörde der Befehl, die Karte zu entfernen — natürlich ohne Angabe von Gründen.

Auf der Suche nach dem Ballon „Hse“. Der Ballon „Hse“ aus Kassel, der, wie schon mitgeteilt, seit Sonntag vermisst wird, ist auch am Dienstag noch nicht gefunden worden. Mobilklub mit Mitgliedern des turkesischen Vereins für Luftschiffahrt, Sektion Kassel, haben nach den verschiedensten Richtungen die Gegend durchstreift, ohne irgend eine Spur von dem Ballon zu finden. Die Ermittlungen einiger Automobilstellen in der Gegend von Nischlag und Escherode ergaben, daß dort der Ballon, der nur einen Anker hatte, kurz nach elf Uhr am Sonntag Vormittag zuletzt gesehen worden ist. Einige einwandfreie Landleute erzählten, daß sie den Ballon etwa zehn

Minuten nach elf Uhr in südlicher Richtung treibend gesehen hätten. Gleichzeitig berichten Landleute, über Escherode ein schwaches Wetterwölke gesehen zu haben, die sich mit außerordentlich starkem Hagelsturz entlud. Auch Blicke wollten die Leute aus den Wolken niedergehen gesehen haben. Der Führer des Ballons habe stark Ballast abgegeben, wahrscheinlich um aus der Gewitterwolke herauszukommen. Von diesem Augenblick fehlte von dem Ballon jede Spur. Sachverständige rechnen an, daß der Ballon nach diesseits der Werra im Rauffungen Wald gelandet ist. Da aber der Rauffungen Wald in seiner ganzen Ausdehnung dichter Hochwald ist, so dürfte es schwierig sein, den Ballon zu finden. Man hat deshalb Militärrequisiertruppen, das unter Führung von Forstbeamten die durch Wege nicht erschlossenen Teile des Waldes absucht. Der Ballon war für längere Fernfahrten überhaupt nicht eingerichtet, jedoch war umsonst mit der Vermutung rechnen muß, daß der Ballon mit samt seinem Insassen auf der Fahrt am Sonntag verunglückt ist.

Der „Imperator“ auf Grund gefahren. Der Dampfer „Imperator“, der in diesen Tagen seine erste große Fahrt antreten sollte, ist am Dienstag morgen von einem Unfall betroffen worden. Um 4 Uhr morgens verließ das Riesenschiff den Hamburger Hafen, um seinen Liegeplatz an der Unterelbe bei Groden einzunehmen. Aber das Schiff kam nicht weit; schon als die Altonaer Landungsbrücken in Sicht kamen, geriet es infolge des niedrigen Wasserstandes auf Grund und blieb festliegen. Obwohl sich vier große Schlepper bemühten, den „Imperator“ los zu bekommen, war das Riesenschiff nicht in Bewegung zu setzen. Um 6 Uhr trat dann Ebbe ein, und jetzt mußten alle Abschleppversuche eingestellt werden. Man hofft, am Abend um 6 Uhr bei Flut das Schiff abzuschleppen zu können, was auch nach einem inzwischen eingelaufenen Telegramm gelungen ist. Schon um 12 Uhr in der verflochtenen Nacht hatte eine „Wetterwanderung“ von Hamburg nach dem Ort Develgönn an der Unterelbe eingekehrt, wo die große Eisbrücke einen guten Ueberblick gestattete. Tausende von Männern, Frauen und Kindern wollten den „Imperator“ auf seiner ersten Fahrt sehen.

Vom Propeller eines Flugzeuges geschmettert. In dem Flugfeld von Cassel (Ostpreußen) wurde ein Mitglied des Marineflugkorps, Bahnmeister Verne, von einer Flugmaschine überfahren und getötet. Er stand vor der Maschine als sie zu laufen begann, der Propeller traf ihn am Kopf und schleuderte ihn unter die Räder. Schwer verwundet brachte man den Bahmeister nach dem Hospital wo er bald darauf verstarb.

begeben. Der Amtsanwalt beantragte die Bestätigung des Strafbefehls in dem er verbot, daß es bedauerlich ist, wenn eine gewisse Sorte Presse solchen Seilmittelschwindel für gutes Geld begünstigt. Ferner erwähnte der Anklagevertreter, es sei ihm in seiner Praxis vorgekommen, daß solche „Seilmittel“ fast für 10 Mark verkauft wurden, während ihnen ein wahrer Wert von 20 Pfennigen (!) zulege. Leider sollen Leute, die nicht aussterben, zum größten Teil auf solche Anpreisungen herein und werden am Beutel erleichtert. Der Schaden trifft fast nur Minderbemittelte und darin besteht das Gemeingefährliche solcher minderwertigen Anpreisungen. Das Gericht machte sich diese Ausführungen hollommen zu eigen und bestätigte die Strafverurteilung in ihrer ursprünglichen festgesetzten Höhe. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Sühndorf, brachte im Urteil zum Ausdruck, derartige Anpreisungen sind nur auf die Verführung des großen Publikums berechnet. — Sollenlich leben die Leser des General-Anzeigers aus diesen Worten die nötige Folgerung. Auch wir meinen, daß es dem Ansehen der Presse nur Schaden kann, wenn sie sich dazu hergibt, dem Seilmittelschwindel Vorschub zu leisten. Die sozialdemokratische Presse weist solche Inserate von jeder Art zurück und verhindert dadurch in wirksamer Weise, daß die Leser ihr saures Geld gewisslosen Dummschicksalanten in den Taschen werfen. Die Auftraggeber solcher Inserate scheinen nach dem Grundfals zu handeln: die Welt will betrogen sein, also betrüge man sie — ein Grundfals, der ebenso gemein als verwerflich ist.

Stehen wir vor einer Krise?

Das Deutsche Reich hatte bisher einen glänzenden Geschäftsgang. In den letzten Monaten aber gelitten sich bedeutliche Zeichen der Abschwächung. Auch auf dem Arbeitsmarkte ist eine Verschlechterung des Geschäftsganges bereits zu beobachten. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	Im Februar	Im März
1912	125,8	110,7
1913	131,4	118,9

Auch in Rußland steht offenbar eine Wendung bevor. Die Textilindustrie ist dort bereits im Zustande der Krise: in Loda und in Moskau sind Tausende Textilarbeiter ohne Arbeit. Auch die französische Textilindustrie klagt über verschlechterten Geschäftsgang. Ob es sich dort wie in Deutschland und in Rußland nur um vorübergehende Erscheinungen handelt, die nach der Beendigung des Balkankrieges wieder verschwinden werden, oder ob die Zeit günstiger Weltkonjunktur schon zu Ende geht und wir am Vorabend einer allgemeinen Krise stehen, ist noch nicht zu erkennen.

Zum Tode verurteilt.

Der Karoschhändler Geyper ist am 7. März vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt worden, weil er seine Ehefrau in der Nacht zum 16. November ermordet hat. Vom Reichsgericht wurde am Dienstag die Revision des Verurteilten verworfen.

Die Breslauer Jungfrauenvereine verleiht für 1912 an ihre Mitglieder eine Dividende von 8 Prozent. Die Mitgliederzahl ist gewachsen auf 1730. Die Rücklagen wuchsen auf 148.000 Mk., das Vermögen auf 606.672 Mk., das Betriebskapital auf 8.600.000 Mk. Der Rassenumsatz betrug 8.018.490 Mk. Die Mitglieder hatten für 1048 Anteile mit 1.219.200 Mk. Die Spareinlagen betragen am 31. Dezember 1912 2.682.406 Mk. Heimsparsparbücher sind 767 im Verkehr, auf die 129.592 Mk. eingezahlt sind. Wechsel waren 11.006 eingegangen über fast 6 Millionen Mark. Der Reingewinn für 1912 beträgt 67.255 Mk. Der Gesamtumsatz liegt auf über 38 Millionen Mark.

Das dritte Meeting der Breslauer-Gründer Neumarkts wird, wie uns mitgeteilt wird, am 4. Mai zum ersten Male den französischen Sieger Dider Paris nach Breslau bringen. Dider bestreift ein 10 Kilometer-Rettortfahren und den Großen Oberpreis über 1 Stunde mit dem Holländer van Mel, sowie Demele Berlin und Paul Thomas-Breslau zusammen. Außerdem sind für Verurschlichter ein Hauptfahren (Waisenpreis), ein Landfahren und ein Vorgabefahren statt. Für Herrenfahrer ein Ermunterungsfahren und ein Vorgabefahren.

Die Näh- und Plättchen des Breslauer Armenpflegerinnen-Vereins verfolgen bekanntlich den guten Zweck, älteren und schwächeren Frauen und Mädchen, denen der Kampf ums Dasein besonders schwer fällt, eine leichtere, geregelte Tätigkeit und sicheren Verdienst zu verschaffen. Die Arbeitjüngenden müssen mit Ausbessern und Maschinennähen vertraut

sein und können sich in der Näh- und Plättchenfabrik, Wastegasse 7, 1. Etage bei der Leiterin melden.

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 6. bis 12. April 1913 sind nach einer Zusammenstellung des städtischen Amtes in Breslau 114 Ehen geschlossen worden. In der Woche wurden 298 Kinder geboren; davon waren 216 ehelich, 77 unehelich, 285 lebendgeboren (122 männl., 163 weibl.), 8 totgeboren (5 männl., 3 weibl.). Mit den 9 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Woche sind 183 Sterbefälle (96 m., 87 w., darunter 25 Ortsfremde) in der Berichtwoche gezählt worden. Von den Verstorbenen waren 48 unter 1 Jahr alt (24 ehelich und 14 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Scharlach 1, Malaria 4, Diphtherie 4, Keuchhusten 1, Tuberkulose 27, Krankheiten der Atmungsorgane 20, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 12, Selbstmord 3, Unkläglichkeit 6, und alle übrigen Todesursachen 98. An übertragbaren Krankheiten wurden vollzählig gemeldet: Diphtherie 13, Scharlach 8, ägyptische Augenkrankheit 7, Wochenbettstieber 3, Unterleibstypus 3. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 8268; es kamen hinzu 914, es starben 62, es gingen ab 768, so daß am Ende der Woche 8968 verblieben.

Von einer Leiter gekürzt ist am Dienstag nachmittag ein Vortischstraße 6 beschäftigter Malermeister. Der Verunfallte erlitt außer einer großen stark blutenden Kopfwunde eine schwere Gehirnerschütterung.

Seltener Unglücksfall. Auf dem hiesigen Schlachthof ereignete sich am Dienstag vormittag ein eigenartiger Unfallfall. Ein Fleischer wollte ein ausgehängtes toben geschlachtetes Rind ausnehmen. Kaum hatte er den Leib geöffnet, als die Eingeweide mit solcher Gewalt herausstürzten, daß sie den Fleischer umwirlen. Der Mann fiel so unglücklich, daß er einen Oberschenkelbruch erlitt.

Das Anhängen an fahrende Fahrzeuge, dem Kinder sehr oft zuzubringen, hat schon so manchen Unfall verschuldet. So stürzte am Montag am Ohlau-Weiler wieder ein Schüler, der sich an eine Dreifach angehängt hatte, auf das Pflaster und erlitt einige Verletzungen.

Einbruch. Einem Fleischermeister von der Pfaffenstraße sind in der Nacht zum Dienstag aus seinem Laden Waren im Werte von 20 Mk. gestohlen worden. — In der Nacht zum Montag ist ein Dieb in den leeren Laden Leutenstraße 85 eingedrungen, den ein Fahrradhandwerker zu Aufstellungsarbeiten verwendet hatte. Er stahl ein neues Fahrrad mit gelben Felgen, roten Mänteln und Bremse und verschwand, nachdem er die Tür nur zugeklippt hatte.

Drei Selbstmordversuche. Ein Mechanikerlehrling von der Schleierstraße versuchte am Dienstag, durch Erhängen seinem Leben ein Ende zu machen. Er war wegen irgendwelcher Vergehen entlassen worden und die Verhöhnung, die ihm von seinen Bekannten dafür zuteil wurde, nahm er sich so zu Herzen, daß er aus dem Leben scheiden wollte. Er wurde noch rechtzeitig abgeschnitten und wieder ins Leben zurückgerufen.

Am Dienstag sprang ein Schlosser am Zoologischen Garten vom Sitzstuhl in die Ober. Ein Handwerksmann konnte mit einer Stange den bereits Verunfallten retten und ein zufällig vorübergehender Arzt stellte Wiederbelebungsbemühungen mit Erfolg an, worauf der Lebensmüde in die Maximal geschickt wurde.

Ein 24 Jahre altes Mädchen, das im Hause Matthiasstraße 172 diente, versuchte am Dienstag Abend aus dem Leben zu scheiden, indem es Formalin zu sich nahm. Man fand das Mädchen in schwerem Zustand. Sofort herbeigerufene Samariter der Feuerwehr leisteten dem Mädchen erste Hilfe und schafften es ins Mherheilgenhospitol. Hier hat sich inzwischen ihr Zustand so gebessert, daß Lebensgefahr ausgeschlossen erscheint.

Fahraddiebstahl. Vor dem Hause Herrenstraße 29/30 ist am 18. April ein Fahrrad „Venoma“ mit gelben Felgen und Begerlen gestohlen worden, einem Kaufmann von der Ohlaustraße auf der Hörschenstraße „Medarsum“ Nr. 209 156 mit schwarzen Felgen, aus dem Hause Viktoriastraße 114 einem Mechaniker von der Matthiasstraße „Bussard“ mit weißen Felgen, einem Arbeiter von der Eichendorffstraße aus dem Hause Neue Schwelbnerstraße 4 „Bussard“ Nr. 132 132 mit gelben Felgen, einem Kaufmann aus Karlowitz von dem Grundstück Klosterstraße 63 „Schöner“ mit braunen Felgen, vor dem Hause Kleine Fürstentstraße 5 „Perseus“ (neu) Nr. 81 862 mit gelben Felgen und Freilauf, am 19. April von Herrenstraße 39 „Görde Nera“ Nr. 165 015 mit schwarzen Felgen und Freilauf, am 21. d. M. von der Oberstraße 18 „Brennabor“ mit schwarzen Felgen und Freilauf.

Grober Unfall. Ein Laugenichts hat es wieder einmal darauf abgesehen, die Feuerwehr unruhig zu alarmieren. Diesmal treibt er sein treuehafftes Spiel mit dem Krankenwagen der Feuerwehr. Es hat er am Montag Abend kurz nach 8 1/2 Uhr vom Feuersprech-Automaten auf der Friedrichstraße, Ecke Gräbnerstraße die Hauptfeuerwache angerufen und unter Angabe eines schweren Unfalles der Krankenwagen erbeten. Dieser eilte auch sofort zur vermeintlichen Unfallstelle, wo aber keine Spur von einem Unfall zu entdecken war. — Am Dienstag Abend hat wahrscheinlich derselbe Täter das Sanitäts-

automobil durch Feuersprecher nach Seydlitzstraße 14 gerufen, wo angeblich ein Kabsfahrer schwer verunglückt war. Auch hier fanden die bald eingetroffenen Samariter der Wehr keine Spur von einem solchen Unfall. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß vom Magistrat für die Ermittlung solcher Uebeltäter eine Belohnung ausgesetzt ist; Angaben zur Ermittlung werden nach dem Magistratsbureau erbeten.

Vereine und Versammlungen.

Napoleon und seine Zeit. Der vierte und letzte Vortrag des Genossen Bernhard Müller über Napoleon und seine Zeit ist Freitag, den 26. April, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Freie Turnerschaft Breslau. Freitag, den 26. April: Kampfrichter-Stellung im „Opelner Schloßbräu“ für das Wirtinnen am nächsten Sonntag. (Siehe Inserat.)

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Zu den Landtagswahlen.

Die Wahlen der Wahlmänner sind bekanntlich auf den 13. Mai, die Wahl der Abgeordneten auf den 3. Juni d. J. festgelegt. Der Landrat hat die Wahlmänner für den 16. Mai auf mittags 12 Uhr festgelegt. Zur Wahl ist eine Legitimation mitzubringen. In den Urwahlbezirken Rosenthal (19), Neulitz (21), Groß Woborn (28), Klettenberg (36) und Brodau (68) bestimmen die Gemeindevorstände die Stunde der Wahl. Weiter heißt es in der Verfügung:

Ich bringe nochmals in Erinnerung, daß, nachdem die Abteilungslisten durch die hier auszufüllenden Bescheinigungen, daß keine Einsprüche in der dreitägigen Frist erhoben oder die erhobenen erledigt worden, abgeschlossen sind, jede spätere Annahme von Urwählern in die Liste ausgeschlossen ist und zwar auch für den Fall, daß Urwähler etwa ihre Wahlberechtigung noch nachweisen sollten.

Ferner bringe ich den Gemeindevorständen der Wahlkreise (in Zimpel dem Gutsvorstand) meine Verfügung vom 14. April (Kreisblatt Nr. 31), betreffend die zu bewirkende dreitägige öffentliche Auslegung der Abteilungsliste des Urwahlbezirks mit wiederholte Einfindung hierher in Erinnerung.

Generalversammlung der gemeinsamen Ortskrankenkasse für den Landkreis. Der Vorstand hat die 66. ordentliche Generalversammlung auf Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, in den Glaskalen des Restaurants „Pariser Garten“, Taschenstraße 10/11, Breslau, anberaumt, wozu die Mitglieder der Generalversammlung (die besonders gewählten oder ernannten Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertreter) eingeladen sind. Auf der Tagesordnung steht: Kenntnisgabe des Protokolls über die am 18. Dezember 1912 stattgefundene 55. ordentliche Generalversammlung, Kenntnisgabe des Rechnungsabchlusses pro 1912, Vorlegung des Geschäftsberichts pro 1912 und Verteilung je eines Exemplars eines Auszuges hiervon an die Generalversammlungsvorsteher. Vorlegung des Protokolls über die stattgefundene Gegenrevision der Jahresrechnung pro 1912 seitens der Rechnungsrevisions-Kommission und eventuelle Erteilung der Entlassung dem Rechnungsleger. Mitteilung des gegenwärtigen Standes der Kasse. Vorlegung der Jahres- und Beschlußfassung über das Ausscheiden der der Kasse zurzeit als freiwillige Mitglieder angehörenden Landbesitzlichen. Vorlegung der den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung entsprechenden neuen Kassensatzungen nebst Wahlordnungs-bekufs deren Genehmigung. Vorlegung der nach der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen neuen Krankenordnung beaufs deren Genehmigung. Verschiedenes.

Das Juchgeschäft im Landkreis wird vom Mai bis Juni vorgenommen. Eltern unpflichtiger Kinder sind hiermit darauf aufmerksam gemacht.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 13. bis 19. April d. J. erkrankten an Diphtherie: in Cosel 1 Person; an Rindbettstieber: in Kottwitz 1 Person. Gestorben an Lungentuberkulose: in Krieterm, Crutau, Schiedlagwitz und Herrproitz je eine Person.

Neumarkt. Der „höchste“ Einwohner Neumarkts, der Turmwächler Josef Kurfürst, ist im Alter von 76 Jahren verschieden. Der Verstorbene war 46 Jahre hindurch Turmwächter und hatte als solcher seine Wohnung auf dem Turme der katholischen Pfarrkirche.

tätswagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, die Passagiere kehrten nach Canarhausen zurück.

Neuwerker Sicherheitsstände. Seit einiger Zeit nehmen die Einbrüche und Diebstähle in Neuwerk allgemein überhand, alle bisherigen Reformen sind geschlagen. — Auch die Uebertäter nehmen in bedenklicher Weise zu, bemerkenswerter Weise gerade die Unfälle bei hellem lichten Tage. Kürzlich drangen mastierte Hühner in ein großes Geschäft ein und plünderten im Weisem der gütternen Käufer das Lager vollständig aus. In einem Zigarrenladen — drangen zwei Leute, schloffen den Inhaber in den Keller ein und sprangen dann den Geldschrank, in dem sie mehrere Dollars fanden. Darauf entfernten sie sich unbemerkt, obwohl der Laden an einer sehr belebten Straße lag.

Meine Notizen.

Professor Hugo Winkler, einer unserer herborragendsten Forscher des alten Orients, ist in Berlin — erst 50 Jahre alt — gestorben. Besonders die älteste Geschichte Babylonens und Assyriens verbannt ihm vieles, und der Einfluß dieses Kulturtriefes auf die Weltgeschichte ist von ihm tieflich nachgewiesen worden. Die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Grundlagen blieb ihm nicht verschlossen; trotzdem hat er das Wettermischen mythologischer Elemente und besonders der babylonischen häufig übersehen. Mit dem Spaten hat Prof. Winkler seinen Hoffnungen glücklich nachgeholfen. Er war an mehreren Ausgrabungen beteiligt, besonders hat er die alte Keilschrift wenig erforschten Heiligtum des Boghazkoi erschlossen und die Keilschriftsprache wesentlich in Fluss gebracht. Als Herausgeber des „Alten Orients“, der populäre Zusammenfassungen bietet, hat der Verstorbene auch in weitere Kreise gewirkt.

Otto Bockler, der tüchtige, humorvolle Satirekünstler, ist in Wien gestorben. Sehr bekannt wurde eines seiner Schwarzhumorblätter „Gent spielt der Strauß“, das die großen Konkünstler aus zwei Jahrhunderten, lebendigen mit Hilfe der Unklichlinie charakterisiert, um den Walzerkönig aufzusammeln.

Die dritte internationale Konferenz für Krebsforschung findet vom 1. bis 5. August zu Warschau statt. Zur Beratung kommen: Die Anwendung der physikalischen-chemischen Verfahren bei der Behandlung des Krebses, die Radioaktiotherapie der Geschwülste, die örtliche Verbreitung der Krebskrankheit und Einrichtungen und Methoden der Krebsforschung.

Am Samstag Berlin-Königsberg i. Pr. In Johannis-tal startete am Dienstag früh 7.20 Uhr der Euphilet der Luftverkehrs-Gesellschaft Felix Laitsch mit Regierungsbaumeister Daßhütter als Passagier auf einem Luftverkehrselender zu einem Fernflug nach Königsberg i. Pr. Der Pilot beabsichtigt, sich mit diesem Flug um den Nationalpreis der Nationalflugschule, der in einer monatlichen Rente von 3000 Mark besteht, zu bewerben. Um 8.30 Uhr vormittags sahen sich die Flieger, wie ein Telegramm aus Deutschkrone meldet, zu einer Notlandung in der Nähe dieser Stadt gezwungen, da stark Verdunstungen herrschten und ein Zylinder des Ozone-Motors undicht geworden war. Bis jetzt ist eine Strecke von 256 Kilometern zurückgelegt worden.

Ein neuer Oceanreise. Der Riesen-Dampfer „Aquitania“ wurde in Clyde (England) vom Stapel gelassen. Seine Länge beträgt 318 Meter, seine größte Breite 29,58 Meter. (Die Maße des „Imperator“ sind dagegen 276 Meter lang, 30 Meter breit, kann aber 4175 Passagiere und 1100 Wenzelungs-Smannschaften mitnehmen.) Das Schiff ist 24,5 Meter hoch und verdrängt 4700 Tonnen Wasser. Die Geschwindigkeit dieses Riesen-Dampfers beträgt 25 Knoten in der Stunde. Es wird ungefähr 1000 Mann Besatzung haben und ist in der Lage, über dreitausend Passagiere aufzunehmen.

Die Schwandast eines Bahnhofs erregt gegenwärtig in Paris die größte Bestürzung. Als am Dienstag morgen eine Bewohnerin der Rue Clapier Nr. 1 die Tochter des im gleichen Hause wohnenden Dolmetschers Eggula nicht zur Schule gehen sah, trat sie in die Wohnung ein und es bot sich ihr ein furchtbarer Anblick. Die sechsjährige Tochter lag schwindend in ihrem Blute. Die Frau hatte dasselbe Schicksal erlitten. Der Dolmetscher selbst liegt sich daran, mit dem Blut tiefenden Händen in die Speicheldrüsen, um sein Testament zu verlesen und sich unmittelbar darauf eine Kugel in die rechte Schläfe zu jagen. Zwei andere Kinder wurden von dem Unglücklichen ebenfalls ermordet. Der Dolmetscher war bereits selber einmal wegen eines Bahnhofsanfalls in einer Verurteilung interniert.

Gefahrenschiff über Bitter. Bei Ribart in Gouvernement Suwalki (Polen) wurde ein Fährschiff verunglückt, das durch keine furchtbare Brand erschüttert. Eine junge, aus Amerika zurückkehrende Russin, die heimlich die gefährliche

Grenze überschritten hatte, kehrte in dem Hause eines Bürgers von Ribart zur Nacht ein. Sie erzählte, daß sie mit Ersparnissen von 1500 Mark in ihre Heimat zurückkehren wollte. Da das Mädchen nachts über Räte klagte, tauschte die Witte ihr Nachtlager mit ihr. Wegen morgen erlitten der Mann der Witte in dem Zimmer, in dem er die Fremde vermutete, Schritt auf das Bett des Mädchens zu, in dem, ohne daß er es wußte, seine Frau lag, und geschmetterte mit einem Weibhieb den Schädel. Das Mädchen, das im Nebenzimmer schlief, hörte den Lärm und flüchtete im Hemde ins Nachbarhaus, dessen Bewohner die Polizei holten. Diese fand den Mörder seiner Frau auf dem Dachboden seines Hauses erhängt vor.

Reifenentzweckplosion. Am Montag nachmittag hat sich beim 3. Infanterieregiment in Senlis ein schwerer Unfall ereignet. Das Regiment hatte die Kasernen zu einem Übungszweck verlassen. Als gegen 6 Uhr abends die Übung beendet war, sah ein Wachtmeister, daß ein Maschinengewehr noch geladen war. Er wollte die Patronen herausziehen, in demselben Augenblick erfolgte eine Explosion und der Wachtmeister wurde lebensgefährlich verletzt.

Scharlachepidemie in Sanan. Nachdem die Typhus-epidemie beim 3. Eisenbahn-Regiment fast erloschen, ist nunmehr bei dem hier garnisonierenden Alanen-Regiment Nr. 6 Scharlach ausgebrochen. Bisher sind 4 Mann der vierter Schwadron von der Krankheit befallen worden. Die Schwadron wurde vollständig isoliert; alle Vorkehrungen gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit sind getroffen. Sämtliche Erkrankungen sind übrigens leichter Art.

Ein Boot gekentert — fünf Mann ertrunken. Dienstag früh kenterte in Cuphorn ein Boot der hantelatischen Bauerschaft mit sieben Arbeitern, die sich zur Arbeitsstelle begeben wollten. Zwei Mann retteten sich durch Schwimmen, die fünf anderen ertranken.

Felgenfahrender Gerüstbau. Der am Dienstag morgen von Sangerhausen nach Blankenheim verkehrende Arbeiterzug stieß im Tunnel gegen die Stange eines Gerüsts. Das Gerüst stürzte zusammen, drei Arbeiter wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Wagen entgleiste, wodurch der Bahnverkehr einige Zeit gesperrt wurde. Die Verunfallten wurden mittels Sanitäts-

Aus Oberschlesien.

Graf und Förster.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Eine Leidensgeschichte wie sie schlimmer garricht gedacht werden kann, wurde in der vorigen Woche vor dem Schöffengericht in Reuthen O.S. ausgetragen. Angeklagt war der Privatförster Ernst Siegmund, dem zur Last gelegt wurde, den Grafen v. Tiele-Winkler auf Moschen beleidigt zu haben, und zwar durch je ein Schreiben an das Offizierkorps des Garde-Regiments und an den Hauptmann des Evangelischen Bundes in Breslau. Graf v. Tiele-Winkler, der bekannte ober-schlesische Magnat, Jagdfreund des Kaisers, Herrenhausmitglied, Ritter hoher Orden, Majoratsherr usw. war als Nebenkläger zugelassen und durch einen Justizrat vertreten. Ferner wohnte der Generalbevollmächtigte des Grafen Herr v. Garnier der Verhandlung bei.

Vor Beginn der Verhandlung versuchte der Vorsitzende den Angeklagten zu einer Abbitte zu bewegen, oder aber zu einer Erklärung, daß er in Uebereinstimmung, aus Verger usw., diese Briefe geschrieben habe und dieses jetzt bedauere, worauf der Angeklagte erklärte: „Ich habe jedes Wort mit der vollsten Ueberlegung geschrieben. Der Graf hat meine Gesandtheit, meine Existenz, mein Lebensglück ruiniert. Ich habe nichts abzubitten und nichts zu bereuen, sondern nehme jede Strafe, deren Höhe mich völlig gleichgültig ist, hin.“ Hierauf wurden zunächst die Briefe verlesen. In dem Brief an das Offizierkorps des Garde-Regiments heißt der Angeklagte mit, daß der Graf v. Tiele-Winkler, der Major der Reserve dieses Regiments ist, seine Beamten schlecht behandelt, betrügt und dann, wenn er sie ausgenützt, entlasse. Mit Frauivorien aller Art schließt der Brief genau wie der an den Evangelischen Bund, der darlegt, daß auch während dem Weltkrieg im Bereiche des Grafen furchtbare Verbrechen im Gange seien.

Zum Beweise seiner Behauptungen erzählt Siegmund nun seine Erlebnisse im Dienste des Grafen. Hier seien nur die markantesten Stellen wiedergegeben: Nach beendeter Militärdienstzeit sei er 1901 als Hilfsjäger im Dienste des Grafen im Revier Michowitz eingestellt. Das Monatsgehalt betrug 68 Mark, wovon er 12 Mark zur Unterhaltung des Hundes zahlen mußte. Im Gegensatz zu diesem geringen Lohn stand der Dienst, der nie unter 15 Stunden pro Tag betrug. Im Winter 1903 bei dem starken Schneeebruch im Walde habe er durchschnittlich 20 Stunden Dienst pro Tag gehabt und wochenlang die Kleider nicht vom Leibe runterbekommen. Der Graf persönlich habe ihn für seinen Fleiß und Tapferkeit gelobt und mit Rücksicht darauf, daß sein Bruder, der ebenfalls im Dienste des Grafen Tiele-Winkler stand, bei einem Zusammenstoß mit Wildbuben sein Leben lassen mußte und er selbst furchtbare Kämpfe mit den Wildbuben durchgemacht, versprochen, sich erkenntlich zu zeigen. Als Anerkennung sei er dann nach Schlag Maschen, dem Sitz des Grafen veretzt worden. Hier gab es in den völlig verwilderten Wäldern, wo der Stauer zur Jagd erscheinen sollte, Dienst ohne Ende. Bald stellten sich Magen-, sowie Nervenleiden ein. Der Graf gab kleinere Summen zur Kur, jedoch folgte sofort seine Verletzung, weil Kranke Menschen in Wäldern nicht zu gebrauchen wären. So kam er auch nach dem Revier Kattowitz und hier wurde ihm bedenklich, er solle evangelisch werden, da alle Beamte des Grafen evangelisch sind. Dieses Ansuchen, etwa einen Vorstoß aus dem Religionswechsel zu ziehen, habe er bestimmt, und zwar wie er lebt einleitet, zu seinem direkten Schaden abgelehnt. Es folgte nun eine Verlegung nach der andern, was jedesmal Kosten verursachte, die aber vom Grafen nicht ersetzt wurden. 1906 sei er völlig krank nach Michowitz veretzt worden und als er dort ankam, habe man ihm erklärt, er möge sich anderweitig um Stellung umsehen. Das habe ihn völlig niedergeworfen, jedoch Sanitätsrat Dr. Latsch die sofortige Ueberführung nach dem Revier Kattowitz anordnete. Da er aber nichts hatte, die Verletzung nichts zahlte und niemand von den Beamten in einer Krankenkasse versichert war, so mußte er nach 2 Tagen völlig krank das Krankenhaus verlassen, weil er die verlangten 100 Mark nicht aufbringen konnte. Nachdem er einige Zeit krank und völlig hilflos in seiner Wohnung gelegen, habe er wieder zum Dienst gehen müssen und sei nun unglaublich schikaniert worden, wobei die Frage, „ob er denn schon anderweitig Stellung habe“ zur allzeitigen gehörte. Seine Gesuche um ärztliche Kur seien einfach unbeantwortet geblieben. Von Michowitz erfolgte dann wieder eine Verletzung in das viel schlechter Revier Raschitz. Von dort habe er wieder Gesuche an den Grafen um eine Kur geschickt. Endlich sei der Graf selber erschienen, habe ihn rufen lassen und erklärt: „Siegmund, Sie haben ein Gesuch an mich gerichtet. Ich habe es nicht gelesen, denn das wäre doch zu viel verlangt, wenn ich alle Gesuche meiner Beamten lesen sollte. Ihnen ist gesagt worden, daß Sie sich um anderweitige Stellung umsehen sollen und eigentlich mühten Sie jetzt schon, aber mit Rücksicht auf Ihre stährige treue Dienstzeit können Sie noch 1/2 Jahr hierbleiben, auch bewillige ich Ihnen 300 Mark zur Bestreitung Ihrer Heimkehr.“ Diese Bewilligung habe er in scharfer Form zurückgewiesen und nach 1/2 Jahr habe er dann als völlig gebrauchener Mensch den Dienst verlassen. Er habe dem Grafen dann teils höfliche, teils grobe Briefe geschrieben und diesen an sein Verprechen erinnert. Später habe er auf Anraten wegen der großen Briefe um Verzeihung gebeten und auch einige Briefe zur Kur erhalten, die aber in keiner Weise ausreichten. Dabei sei sich irgendwo um Stellung beworben, dann seien seine Gesuche nach erfolgter Auskunft in Moschen stets abschlägig beschieden worden. So habe der Graf nicht nur sein Verprechen nicht eingehalten, sondern ihn als Kranken Menschen entlassen und in jedem weiteren Vorkommen gehindert. Heute sei er nur zu geringer leiblicher Arbeit fähig.

Der Vorsitzende versuchte aus den Akten nachzuweisen, daß die Sache nicht so trag sei und daß Briefe zwischen Oberförster und Verwaltung gewechselt sind, ihn — Siegmund — in höhere Stellung zu bringen. Mit Recht erwiderte Siegmund, daß diese Briefe ganz und garricht mit der ihm zuteil gewordenen Verhandlung passen.

Alsdann kam die Behauptung zur Sprache, daß auch andere Beamte benachteiligt sein sollten, besonders daß der Förster Sobotta nach 30jähriger Dienstzeit plötzlich entlassen und daß ihm noch 18 Mark Schulden einbehalten worden sind. Der Vorsitzende versuchte aus den Akten nachzuweisen, daß Sobotta zu Recht entlassen wurde. Dagegen betont Siegmund, daß die Dienstvorschriften wegen des schweren Dienstes garricht erfüllt werden können, was die Verwaltung sehr genau weiß. Nur wenn einer schikaniert werden soll, dann werden diese Bestimmungen der Dienstordnung angewandt. Er selbst sei Ohrenzeuge eines Telephongesprächs zwischen Oberförster und Regemeyer gewesen, aus dem hervorging, daß man Sobotta direkt entlassen habe, um den gleichfalls kranken Mann Loszuwerden. So sei es noch mehreren Beamten gegangen.

Alle diese Behauptungen Siegmunds ließen unabweislich, daß der Vertreter des Grafen unternehm nicht den letzten Versuch dieses zu tun. Auch der Staatsanwalt vermochte nichts zu entkräften, sondern beantragte 4 Monate Gefängnis wegen der vorliegenden Beleidigung. Der Vertreter des Grafen forderte die ganze Partie des Gesetzes. Das Gericht ließ sich von den Behauptungen des Staatsanwalts an und verurteilte

Siegmund zu vier Monaten Gefängnis und die Kosten des Verfahrens, was dieser ruhig hinnahm und auf weitere Rechtsmittel verzichtete.

Ob die Freude des Grafen an diesem Urteil so ganz ungetrübt sein wird, bezweifeln wir sehr stark. Etwas ist aber, daß Siegmund, der den Grafen nur auf diese Art zum Klagen zwang, sich um seine bei dem Grafen im Dienst stehenden Kollegen ein großes Verdienst erworben hat. Die Erhöhung der mehr als miserablen Löhne, die Versicherung aller Angestellten in der Krankenkasse, auch die merkwürdige sero Behandlung in der Voranstalten sind der direkte Erfolg. Aber die Beteiligten sollten nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Presse es war, die schonungslos noch vor dem Prozeß all diese Dinge aufdeckte, im Gegensatz zur bürgerlichen Presse, die damals schweigend und jetzt nach dem Prozeß dem bedauernswerten Siegmund noch Süßbrot reichte, weil auf der andern Seite sich der millionenschwere Graf v. Tiele-Winkler, Majoratsherr auf Moschen befindet.

Jabrze, 23. April. Die letzte Schicht. Dienstag früh wurde der Bergmann Juraszek auf Guldogruben durch herabstürzende Kohle getötet. Die Leiche wurde in das Knappschichtlager Rudammer geschafft.

Auf der Emma-grube verunglückte in der Nachtschicht der erst 17 Jahre alte ausländische Arbeiter Wasyl Jazema. Er war auf einem Pfeilerabschnitt beschäftigt, entfernte sich jedoch unbemerkt und blieb auf der Strecke stehen. Ein Schlepper fuhr gerade mit einem Kasten Kohlen, konnte ihn jedoch nicht selbst vorwärts bewegen. J. half ihm dabei den Kasten ziehen und wollte dann an dem unteren Stoß ausweichen. Hierbei kam er mit dem Kopfe zwischen Koppe und Kasten und wurde zu Tode gequetscht.

Deuthen O.S., 23. April. Gefahren der Arbeit. Im Marinierwerk der im Stadthafen Deuthen-Schwargwald gelegenen Friedenschütte ereignete sich am Montagabend ein schwerer Unfall. An einem Konverter war der Boden herausgesprungen und die flüssigen Eisenmassen ergossen sich über die Konverterblöcke auf die umliegenden Gebäude, die an verschiedenen Stellen in Brand gesetzt wurden. Das Feuer wurde aber sofort von der Hülfenfeuerwehr gelöscht. Fünf Arbeiter wurden von der herumsprühenden Eisenmasse schwer verbrannt.

Deuthen O.S., 23. April. Deutsche Kultur. Heute früh 6 Uhr wurde auf dem Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses der 64 Jahre alte Rostmeister Pudkova, der in der Nacht zum 29. Juli 1912 auf der Fabrikhütte den ruthenischen Arbeiter Malinow in den Rostöfen gestoßen hatte, wo er vollkommen verkohlt aufgefunden wurde, durch den Schaftrichter Schwiech aus Breslau hingerichtet.

Kattowitz, 23. April. Schlafhäuser als Verbrechensherbergen. Das Schlafhaus in Bogutschitz hat einen wegen versuchten Raubmordes und mehrfacher Einbrüche gesuchten Oesterreicher, Vincenz Polka aus Chrganow beherbergt. Der Mann hatte gemeinsam mit vier anderen ausländischen Verbrechern eine Familie überfallen, den Mann niedergeschlagen, das Haus beraubt und ein Schwein gestohlen, das dann unterwegs geschlachtet und verteilt wurde. Der Mordbube entkam aus dem Schlafhause in Bogutschitz nachdem er dort mehrere Nächte zugebracht, ohne daß die Polizei von dem gefährlichen Gaste Kenntnis erhalten hätte.

Hörsberg, 23. April. Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einem Polizeibeamten und mehreren Rowdies kam es in der Nacht zum Montag auf der Karstraße. Als sich der Polizeibeamte nach dem Patronenlager befand, wurde er, nach der „Schlag. Zeitung“, durch lauten Lärm nach der Karstraße gelockt, dort fielen sofort zwei Männer über ihn her, schlugen auf ihn ein und warfen ihn zu Boden. Dabei wurde dem Beamten der Mantel an mehreren Stellen zerfetzt. Eine hinzugelommene Frau rief dem am Boden liegenden Beamten den Säbel aus der Scheide, mit dem der Beamte dann gemüht handelt wurde. Es gelang ihm aber, sich aufzurichten und er gab aus seinem Revolver einen Schreckschuß ab. Der Grubenarbeiter Moskwa ging trotzdem wieder gegen den Beamten vor. Jetzt schoß der Beamte nach ihm und machte ihn durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel unfähig. Moskwa wurde festgenommen. Am Montag Vormittag wurde der Arbeiter Wajsa aus Sobienitz, der schwere Verletzungen im Gesicht hatte, unter dem Verdacht, an dem Angriff beteiligt gewesen zu sein, festgenommen.

Eintige bürgerliche Blätter versuchen diesen Zusammenstoß auf das Konto der Streikenden zu setzen. Es handelt sich hier aber, das wollen wir ausdrücklich hervorheben, um einen der in Oberschlesien fast alle Tage vorkommenden Zusammenstöße.

Neueste Nachrichten.

Stutari gefallen?

Wien, 23. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben die Montenegriner einige Befestigungen vor Stutari genommen. Auf beiden Seiten gab es schwere Verluste. Während eine Nachricht besagt, Stutari stehe dicht vor dem Fall, befindet es sich nach einer anderen Version bereits in den Händen der Belagerer. Aus Cattaro wird gemeldet, Stutari ist dicht vor der Stadt umzingelt. Nach den letzten Telegrammen sind die Montenegriner am Dienstag aber in Stutari eingezogen.

Die Kämpfe um Stutari.

Setinje, 22. April. Amittich wird gemeldet: In vergangener Nacht ergriffen die montenegrinischen Truppen an der Front sämtliche Stuten bis Offenno. Der Bajonettkampf dauerte die ganze Nacht. Die Türken verloren an der östlichen und südwestlichen Front eine ganze Reihe von Befestigungen, auf denen nunmehr die montenegrinische Fahne weht. Heute früh unternahm die Türken mit frischen Truppen einen Gegenangriff, wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Unsere Verluste sind groß, jedoch noch nicht genau festgestellt. Auf allen Befestigungen um Stutari herum und in der Stadt selbst bemerkt man eine lebhafteste Bewegung. Die Kämpfe dauern fort. Der Fall von Stutari steht bevor.

Wien, 23. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Cattaro: Den letzten Bericht aus Cattaro zufolge wird seit 36 Stunden um den Besitz von Stutari gekämpft. Der General Kurem begann am Montag früh, nach dem die Stellung und die Stadt 48 Stunden lang ton-

zentrisch beschossen worden war. Schwere serbische Artillerie beteiligte sich an dem Bombardement. Die Geschütze wurden von serbischen Mannschaften in montenegrinischer Uniform bedient. Das Bombardement soll den größten Teil der Stadt zerstört haben, in der Brände ausbrachen. Die türkische Besatzung leistete heroischen Widerstand. Im Ortica fanden blutige Kämpfe statt. Die Montenegriner stürmten mit dem Bajonett vor. Obgleich ganze Reihen durch das Feuer der türkischen Batterien niedergeworfen wurden, brangen die Montenegriner unaufhaltsam vor. Der Sturm gegen den Tarabosch wurde durch Abteilungen von Bombardement eröffnet. Die Verluste auf Seiten der Montenegriner sollen sehr groß sein.

Unterzeichneter Vorfrieden.

Berlin, 23. April. Aus Vera meldet der Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“: Der Ministerrat unterzeichnete die Friedenspräliminarien, welche zwischen den bulgarischen und den türkischen Delegierten bei Tschataldscha und zwischen den türkischen, den serbischen und hellenischen Delegierten bei Bulair festgelegt wurden. In Wortkreisen betrachtet man damit den Frieden als eine vollendete Tatsache.

Vom Streik in Oberschlesien.

Kattowitz, 22. April. (Prob. Zentrale.) Ein empfindlicher Mangel an Kohlen beginnt sich bemerkbar zu machen. Zwar sind 150.000 Tonnen Kohlen aufgeschichtet, aber es sind dies sogenannte Staubkohlen. Die Eisenhütte „Marta“ in Kattowitz hat heute ihren Betrieb eingestellt, ebenso die Porzellan- und Eisenwerke bei Deuthen. Auf der Eisenhütte „Julia“ bei Deuthen hat man einen Teil der Ofen außer Betrieb gesetzt. Die Wälder in Kattowitz klagen über Kohlenmangel und behaupten, das Baden solle ganz einstellen zu wollen. Im Laufe des Vormittags wurden in dem Streikgebiet einige Streikposten verhaftet.

Unbelästigt abgeflogen.

Wien, 23. April. Die beiden deutschen Militärflieger Hauptmann Dewald und Leutnant Deuschmann brückten dem Unterpräsidenten von Unesco ihre Dank für das ihnen bewiesene Entgegenkommen aus. Der deutsche Zweibecker erhob sich sodann in die Höhe ohne daß seitens der sehr zahlreich erschienenen Zuschauermenge eine feindliche Rundgebung erfolgt wäre.

Die Reichstagsersatzwahl in Bamberg.

Bamberg, 22. April. Bei der Reichstagsersatzwahl erhielten Leicht (B.) 14.127, Krause (lib.) 8260, Vogel (Soz.) 4141 Stimmen. Leicht ist mit überlegener Mehrheit für Domprälaten Schäbler gewählt worden. 1912 wurden abgegeben 14724 für das Zentrum, 5026 für die Sozialdemokraten, 4430 für die fortschrittliche Volkspartei.

Aus dem elsass-lothringischen Landtage.

Strasbourg, 23. April. Die gestrige Vormittags-session des elsass-lothringischen Landtages gestaltete sich zu einer recht bedeutungsvollen. Die Debatte war teilweise erregt. Es handelte sich um die Mehrvorlagen. Im Namen der sozialdemokratischen Partei brachte der Abgeordnete Emme eine Resolution ein, wonach das Eintreten der elsass-lothringischen Regierung für die Rüstungsvorlagen nicht dem Interesse des Landes entspricht, und wonach diese Vorlage ferner von der breiten Masse des Landes und der Mehrzahl der Kammer nicht billigt wird. Die Abgeordneten Gauß und Labrosse brachten eine ähnliche Resolution ein, worin mit Bedauern festgestellt wird, daß die Instruierung der reichsländischen Bundesratsmitglieder durch die Regierung den Anschauungen des elsass-lothringischen Volkes nicht entspricht. Die Resolution wurde schließlich gegen die Stimmen der „Liberalen“ mit 47 gegen 6 Stimmen angenommen.

Auf der Worbzucht.

Essen, an der Ruhr, 23. April. Auf der Beche Madbod bei Ferne, auf der sich heuerzeit das fürchterliche Unglück ereignete, beim mehrere Hundert brave Bergarbeiter ihren graufigen Tod tief unter der Erde fanden, stürzte gestern ein Werk mit drei Arbeitern in den Schacht. Zwei Bergleute wurden sofort getötet und der dritte lebensgefährlich schwer verletzt.

Ein Graf als Spielhöllebesitzer.

Moskau, 23. April. Die russische Kriminalpolizei, durch anonyme Anzeigen aufmerksam gemacht, hob gestern eine der gefährlichsten Spielhöllen in der Wohnung des Grafen Tarland auf. In dieser Spielhölle, in der es um ganz enorme Sätze ging, und in der nur Gesellschaftskarten, Gardeoffiziere, alles Mitglieder der höchsten Gesellschaftsklassen verkehrten, wurden die Spieler durch die raffiniertesten Spielertricks geradezu systematisch ausgeraubt. Graf Tarland war nur den Eingeweihten als der Besitzer und Veranstalter dieser Spielhölle bekannt und spielte im öffentlichen Leben eine durchaus arge Rolle und ehrenhafte Rolle. Er unterhielt, nur den Eingeweihten bekannt, diese Spielhölle bereits seit zwei Jahren. Einige Wohlhabende und wenige Schriftsteller, die schnell bei ihm bei seiner Verhaftung beschlagnahmt werden konnten, besagen, daß er geradezu horrenden Einnahmen aus dieser Spielhölle bezogen haben muß. Dreißig Spieler aus der besseren Gesellschaft wurden festgenommen. Diese Affäre ruft in den besseren Kreisen der Moskauer Gesellschaft das peinlichste Aufsehen hervor, zumal einige sehr namhafte Namen dadurch auf das empfindlichste bloßgestellt sind.



Briefkasten.

Spezialkunden der Redaktion... Briefliche Auskünfte... Briefkasten... Briefkasten... Briefkasten...

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with columns for location (e.g., Regensburg, Regensburg, Regensburg), date (23.4., 22.4.), and water level (Höhe in Meter über NN).

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with columns for location (e.g., Regensburg, Regensburg, Regensburg), date (21. April, 22. April, 23. April), and weather conditions (e.g., Bewölkt, Regen, Wind).

Table titled 'Befragungen der hiesigen Markt-Vollstreckungs-Kommission' showing prices for various goods like wheat, rye, and barley.

Höhe der Niederschläge seit gestern... *) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Berufungen und Vereine.

Mittwoch, den 23. April: Schneider, Schneiderinnen, Wäschereiarbeiter... Arb.-Ratb.-Bund 'Solidarität'...

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.

Monopol-Pils.

Kattowitz.

Königshütte O.-S.

Ratibor.

Zabrze-Zabrze.

Brieg.

Carlowitz.

Cosel.

Fahrräder und Nähmaschinen.

Fische - Delikatessen.

Calanterie- und Spielwaren.

Wohl, Eugen.

Bach, Arth.

Bunzlau.

Carlowitz.

Cosel.

Diesch-Lissa-Stabelwitz.

Brauereien und Restaurants.

Fahrräder und Nähmaschinen.

Klose, Friedr.

Kl. Gandau-Schmiedefeld.

Glogau.

Gorkau.

Gutsdorf.

Hundsfeld.

Kl. Mochern-Schmiedefeld.

Malsch a. O.

Opperau.

Peisterwitz.

Qualkau.

Rotsürben.

Neukirch-Hermannsdorf.

Neumarkt.

Jauer.

Herren- und Damenkonfektion.

Kinderwaren, Reise- und Leiterwagen.

Restaurants.

Schuhwarenhaus.

Klettendorf-Hartlieb.

Fleischerei und Wurstfabrik.

Kolonialwaren.

Restaurants.

Schuhwaren und Schuhmacher.

Gross-Leubusch.

Malsch a. O.

Opperau.

Peisterwitz.

Qualkau.

Rotsürben.

Neukirch-Hermannsdorf.

Neumarkt.

Spezialgeschäft für Fahrräder.

Restaurants.

Ohlau.

Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau.

Kino.

Märzdorf-Steindorf.

Restaurants.

Schuhwaren.

Märzdorf-Steindorf.

Opperau.

Peisterwitz.

Qualkau.

Rotsürben.

Neukirch-Hermannsdorf.

Neumarkt.

Patz, Weiss- und Wollwaren.

Schuhwaren und Schuhmacher.

Schottwitz-Friedewalde.

Schwoitsch.

Stoberau.

Ströbel-Zobien.

Märzdorf-Steindorf.

Restaurants.

Gr.-Tschansch.

Reichsadler.

Kl.-Tschansch.

Opperau.

Peisterwitz.

Qualkau.

Rotsürben.

Neukirch-Hermannsdorf.

Neumarkt.

Opperau.

Peisterwitz.

Qualkau.

Die Lage auf dem Balkan.

Skutari wieder einmal vor dem Fall.

Skutari ist, wie bei der „Voss. Ztg.“ aus Wien gemeldet wird, jetzt von allen Seiten umschlossen. Die serbischen Geschütze, welche die Serben den Montenegrinern überlassen haben, bombardieren die Stadt von drei Seiten. Die Verproviantierung ist unmöglich geworden. Der Fall Skutaris durch Hunger ist wahrscheinlich. (P) Welt die montenegrinische Regierung die Verbreitung von Nachrichten über ihre Maßnahmen offenbar nicht wünscht, ist der Post- und Telegraphenverkehr aus Montenegro eingestellt worden.

Wien, 22. April. Skutari wird weiter beschossen. Die weiteren Schritte der Mächte stehen noch nicht fest, da anscheinend keine Einigung unter den Mächten erzielt werden konnte.

Oesterreichisch-montenegrinische Schifane.

Wien, 22. April. (Schl. Volksztg.) Die „Reichspost“ erhält aus Cattaro folgende Meldung: Der Oesterreichische Militärattache Dupka begab sich heute mit seinem Automobil von Cetinje nach Cattaro, um seine amtlichen Depeschen zu befördern. Unterwegs war ein Attentat auf sein Automobil von montenegrinischer Seite vorbereitet. Es war ein Graben über die Straße gezogen, der sein Automobil zum Umstürzen bringen sollte. Sein Automobil ist das einzige, das auf dieser Straße verkehrt, weshalb der Anschlag nur ihm geplatzt haben konnte. Auf dem Rückwege wurde er an der montenegrinischen Grenze von montenegrinischen Soldaten aufgehalten und durch drei Stunden festgehalten, obwohl die Soldaten ihn in seiner Eigenschaft läßt. Erst auf seine Reklamationen in Cetinje wurde er freigelassen. Der Oesterreichische Gesandte in Cetinje hat ernste Vorstellungen über den Vorfall in Cetinje gemacht.

Zweimonatiger Waffenstillstand.

Konstantinopel, 22. April. Die Waffenruhe läuft laut mündlicher Vereinbarung morgen ab. Sie soll für die Türkei, Bulgarien und Griechenland in einen zweimonatigen Waffenstillstand umgewandelt werden sein.

Streitigkeiten zwischen Mohammedanern und Christen.

Belgrad, 22. April. Die begonnene Räumung Albanens von serbischen Truppen soll einer Meldung aus Edbasan zufolge das Signal zu Unruhen gegeben haben. In Edbasan gerieten Mohammedaner mit albanischen Christen in offenen Konflikt; in Petinda soll es bereits zu einem Gemetzel gekommen sein.

Die Griechen in Salonika.

Mailsand, 22. April. Der Corriere della Sera meldet aus Brindisi: Die Griechen sind in den Bezirk Salonika einmarschiert und haben die Dörfer Cucci und Branisti mit 4000 Mann besetzt.

Deutscher Reichstag.

146. Sitzung, Dienstag, den 22. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstag: v. Seeringen.

Kurze Anfrage.

Abg. Dr. **Septhor** (Wpt.) fragt an: Sind der Reichsregierung Nachrichten über die Ermordung des deutschen Reichsangehörigen Hans Arp in St. Cruz zugegangen? Hat die Reichsregierung bereits Schritte unternommen, um eine Verurteilung der Schuldigen und eine Sühne herbeizuführen?

Geh. Legationsrat Dr. **Kenz**: Der Deutsche Hans Peinrich Arp ist nach einem Streit mit einem Mexikaner getötet worden. Das auswärtige Amt hat die Gesandtschaft in Mexiko angewiesen, auf die Durchsicherung des Strafverfahrens hinzuwirken und Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet und der Name des flüchtigen Täters ermittelt worden.

Militäretat.

5. Tag.

Die Beratung wird fortgesetzt bei den Kapiteln „Artillerie und Waffenwesen, technische Institute.“

Abg. Dr. **Müller-Meinungen** (Wp.): Bei Besprechung der Interpellation über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in den Militärmerkmätern haben wir verlangt, es solle die politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Arbeiter gewährleistet werden. Wie notwendig das war, zeigt der Erlaß, den ich schon in der Budgetkommission zur Sprache gebracht habe, der vom 6. November 1912, also vier Wochen vor unserer Interpellation, zum Schutze der Koalitionsfreiheit der Militärarbeiter dattiert ist.

Es handelt sich um den Bund der Handwerker, Ortsverein Spandau, der um 170 Mark zur Förderung von Ausbildungsanstalten gebeten hatte. Da er dem Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine (Förderungsausschuss) beigetreten ist, sind ihm die 170 Mark gewährt worden, und die Freiwilligen bemerkt, daß sie in Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Bundes zu dem reichstreuere Förderungsausschuss (Hört, hört! links) sich nicht ablehnend verhalten wolle, den übrigen Arbeitervereinen, die dem Förderungsausschuss nicht angehören, würden solche Gesuche nicht bewilligt werden. (Leb. Hört, hört! links.) Seit der Zugehörigkeit des Bundes zum Förderungsausschuss sei derselbe „noch nicht unliebsam hervorgehoben“ (Lebhaftes Hört, hört!) Ob man ihm auch in den nächsten Jahren eine Unterstützung für ähnliche Zwecke geben würde, würde von dem weiteren Verhalten des Bundes auch in etwaigen Petitionen an den Reichstag abhängen. (Leb. Hört, hört! links.)

Rom politischer Standpunkt aus muß gegen solche Schmiergelberwerbungen

energetisch Front gemacht werden. Dieser Erlaß stellt auch die denkbar schärfste Provokation des Parlamentes, einen Vorstoß gegen die Petitionsfreiheit dar. Statistisch müssen wir fragen, aus welchen Fonds werden denn diese Gelder bezahlt. Man frage uns in der Kommission, es seien Wohlfahrtsausgaben. (Leb. Lachen! links.) Wir danken für solche Wohlfahrtsausgaben zu rein politischen Zwecken. (Leb. Zustimmung! links.) Diese Bezüge für gute Bestimmung sollte von allen Parteien energetisch verurteilt werden. (Sehr richtig! links.) Wir erwarten, daß ein solcher Mißbrauch von Staatsgeldern nicht gebuldet wird.

Generalleutnant **Wandel**: Es handelt sich nicht um einen Erlaß, sondern um eine Erklärung einer untergeordneten Behörde, die ihre Meinung über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Bewilligung ausgesprochen hat. Das Kriegsministerium hat dazu keine Stellung genommen, es hat die Summe bewilligt. (Unruhe links, Lachen rechts; Kolossale Summe.) und zwar ohne Rücksichtnahme auf die politische Bestimmung. Die Bewilligung des Reichstages, daß es sich um

Schmiergelder handelt, kann ich nicht leihen. Die Militärverwaltung gewährt solche Unterstellungen allen Vereinen, die auf nationalem Boden stehen.

(Leb. Zwischenrufe links.) Die Militärverwaltung hat auch gar nichts zu verberaen; der Ausdruck, es handle sich um „Schlichte“ der Militärverwaltung, muß ich mit allem Nachdruck zurückweisen. (Bravo! rechts.) Das Geld ist aus den Betriebsfonds entnommen, die im Etat bewilligt sind, da wir für solche Wohlfahrtszwecke keine besonderen Mittel haben. (Lachen links: Schöne Wohlfahrtszwecke!) Es sind im Jahre 1912 an eine Reihe von Vereinen solche Summen bewilligt, z. B. für Kindererholungsanstalten für Mädchenheim, für Hausfrauenvereine (Hört, hört! links.) — das ist ein vollkommen neutraler Verein. (Leb. Heiterkeit links.) Es sind das alles Ausgaben, die sehr wohl geleistet werden dürfen. Wir stehen auch mit dem Rechnungshof in Verhandlung, ob es sich nicht empfiehlt, zu diesen guten Zwecken (Lebhaftes Zwischenruf links) die Gelder auf einen besonderen Etatstitel zu übernehmen. Von einem Mißbrauch von Staatsgeldern kann gar nicht die Rede sein.

Abg. **Julier** (nat.): Meine politischen Freunde halten es für falsch, daß die Militärverwaltung für politisches Wohlverhalten irgendwelche Summen auslöst. (Leb. Zustimmung links.) General **Wandel** sagt, je die Organisation auf Staatsreue Boden erhalte solche Unterstellungen, da ist es doch verwunderlich, daß der Erlaß noch nicht zurückgezogen ist. (Lachen des Abgeordneten Behtrens.) Gatten Sie, Herr Behtrens, es für die Aufgabe eines Arbeiterführers,

Schmiergelber anzunehmen?

(Sehr gut! links.) — Der Redner bringt dann Wünsche einzelner Arbeiterkategorien vor, und laßt über nicht genügenden Einfluß der Arbeiterausschüsse. Die Mitglieder der Ausschüsse sollten vor willkürlicher Entlassung geschützt sein, und Einfluß auf die Arbeits- und Wohnbedingungen haben. Gegen den Militärarbeitgeberverband ist nichts einzuwenden; die Verwaltung müsse tolerant sein, damit die Arbeiter nicht der Sozialdemokratie anheim fallen. (Beifall links.)

Abg. **Schwabe** (Lippstadt (Zentrum)) (auf der Tribüne unverständlich) bringt Wünsche einiger Arbeiterkategorien vor.

Generalleutnant **Wandel** sagt wohlwollende Prüfung der von den Vorrednern vorgebrachten Wünsche zu.

Abg. **Gräfe** (konf.): Da mein Freund **Pauk** dem Reichstage leider nicht mehr angehört (Große Heiterkeit links), so will ich an seiner Stelle die Wünsche der Handwerker, die überaus maßvoll sind, dem Kriegsminister empfehlen. Der Redner verbreitet sich dann näher über die Wünsche der Handwerker.

Schmiergelder hat der Handwerkerbund nicht angenommen, diesen Vorwurf des Abg. Fr. **Müller-Meinungen** welche ich ganz entschuldigend zurück. Wenn ein Verein national und reichsrechtlich ist, wird er mir gleich als konservativ bezeichnet. Die Herren sehen immer wieder konservative Gespenster. (Heiterkeit.) Der Staat hat das Recht und die Pflicht, nur solche Leute in seinen Dienst zu nehmen, die ihn anerkennen. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. **Weinhausen** (Wpt.) empfiehlt die freisinnige Resolution, welche Verhältniswahl für die Arbeiterausschüsse, Bezahlung der Wochenfeiertage, tarifliche Löhne, bessere Urlaubsverhältnisse, sowie bessere Renten- und Ruhegehaltbestimmungen fordert, und wendet sich dann zu den technischen Instituten, in denen die Klagen der Techniker nicht verstanden werden; der tiefere Grund dafür ist, daß technisch durchgebildete Beamte dort einen viel zu geringen Einfluß haben.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Bgg.): Wenn Herr **Julier** von Schmiergeldern redet und diese verurteilt, soll er sich an seine nationalliberalen Freunde aus der Großindustrie

des Westens wenden, die wirkliche Schmiergelder an die gelben Organisationen zahlen. Die Militärverwaltung hat das Geld nur zu löblichen Zwecken verwendet; daß aber Bedingungen an die Gewährung der Gelder geknüpft wurden, die mit dem Zweck der Verwendung nichts zu tun haben, ist nicht zu billigen. — Der Redner erklärt dann eine Revision der Arbeitsordnung für wünschenswert.

Abg. **Böhle** (Soz.): Die Jungenerwerbs- und Feststellungsbeamte beklagen sich über schlechte Behandlung seitens der Frontoffiziere. In Bezug auf die Lohnverhältnisse der Militärarbeiter in Strassburg muß ich anerkennen, daß die Löhne seit meiner letzten Beschwerde um 10 Pf. gestiegen sind. Aber die Löhne der Militärarbeiter stehen doch sehr erheblich hinter denen der städtischen Arbeiter im Jahre mehr. In Städten, wo die Arbeiter im Verdacht stehen, sozialdemokratisch zu wählen, werden derartige Unterstellungen, wie sie Herr **Müller-Meinungen** hier zur Sprache gebracht hat, sicher nicht bezahlt. Wir halten das für eine Korruption schämeister Art. (Zustimmung links.) Die Mittel sind dem Betriebsfonds entnommen. Da muß man doch fragen, wo ist denn der Rechnungshof geblieben? (Sehr wahr! links.) Die Budgetkommission wird die Militärverwaltung genau unter die Lupe nehmen müssen, um solche Korruption unmöglich zu machen. Auch über die Verwendung der Strafgebel muß die Militärverwaltung Aufschluß geben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Erlaß des bayerischen Ministeriums, der den Arbeitern das Koalitionsrecht nimmt, verurteilt die liberale Presse. Durch solchen Erlaß wird im höchsten Maße

Gefinnungslumperei erzeugt.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Will die Militärverwaltung nur reichstreue Arbeiter, so dürfte sie auch im Meer keine sozialdemokratischen Arbeiter einstellen. Sie brauchen die Sozialdemokraten aber sowohl im Meer wie in den Werkstätten, und angesichts des rigorosen Vorgehens der Verwaltung werden die Arbeiter schließlich auch vor dem Strick nicht zurückweichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir verlangen Einstellung der Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu irgend einer Partei und weiter verlangen wir, daß die Militärverwaltung sich nicht darum kümmert, was die Arbeiter innerhalb des Betriebes tun. Mit dem Vorgehen, das sie beliebt, wird es ihr nicht gelingen, die Arbeiter in die christlichen Organisationen zu treiben; den Vorteil von diesem Vorgehen haben wir. (Lachhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schirmer** (Zentr.) wünscht Sicherstellung der Arbeiter in ihren Bezügen und in ihrem Dienstverhältnis. Warum weisen die Sozialdemokraten nicht auf die Gefährdung des Koalitionsrechtes hin, die in der fortschrittlichen Resolution liegt.

Abg. **Dr. Müller-Meinungen** (fortsch. Wpt.): Generalleutnant **Wandel** hat gestern in der Budgetkommission gesagt — und alle Parteien haben sich mit größter Schärfe gegen den Standpunkt der Regierung gewandt: Jeder nationale Verein, der nicht absichtlich Opposition mache, erhalte die Zurechnung. Damit soll

jede Opposition unterdrückt werden, und das ist das Bedenkliche. Gestern legte General **Wandel** die Abgabe einer Erklärung ab, und heute erklärt er, er habe erscheinende Auskunft gegeben. Seit zwei Jahren, sagt der General, sind diese Gelder unbeanstandet ausgegeben worden. Aber etwas anderes ist es, ob sie aus dem Betriebsfonds ausgegeben werden dürfen. Auch die Jugendbewegung wollen Sie auf diese Weise stärken. Gerade als Freund der Jugendbewegung warne ich davon, in sie ein pol. Augen Moment hineinzutragen. Der Rechnungshof hat ebenfalls die Verhältnisse, solchen Verschleudungen und Verschleierungen entgegenzutreten. (Bravo! links.)

Generalleutnant **Wandel**: Der Erlaß der Landesregierung ist einseitig. Vorher befragt. Lachen links; über er besteht

nach! Bestehen blieb er insofern, als eine Betätigung im freibewilligten Sinne nicht gebildet werden kann. (Zust. rechts, Unruhe links.) In der Budgetkommission wurde gestern verlangt, diese Ausgaben für mehrere Jahre anzugeben, und das ist so schnell nicht möglich. Von Verschiebung und Verschleierung hat der Abgeordnete kein Recht. 1904 haben wir zum ersten Mal mit dem Rechnungshof über die Sache verhandelt, und er hat erklärt, es sei nichts dagegen einzuwenden. 1912 hat der Rechnungshof die Sache wieder aufgenommen, und wir verhandelten mit ihm, ob nicht ein besonderer Etatstitel dafür zu schaffen ist. Von Verschiebung und Verschleierung kann also keine Rede sein! (Bravo! rechts.)

Abg. **Büchner** (Soz.): Generalleutnant **Wandel** hat wiederholt auf die Friedensförderer in der Arbeiterschaft hingewiesen.

Die Friedensförderer sitzen ganz wo anders.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Jede Arbeiterorganisation ist nur zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiter da. Unsere Frage, wo die Strafgebel der Militärarbeiter bleiben, ist unbeantwortet geblieben. Wir vermuten, daß die Zuwendungen an die Vereine aus diesem Fonds gemacht werden, der dann ein Korruptionssonds wäre. Meine Gewährsmänner würde ich schon nennen, wenn ich nicht fürchten müßte, daß sie sofort entlassen werden. Der Nummer 1 der fortschrittlichen Resolution können wir nicht zustimmen, denn wir verlangen unbeschränktes Koalitionsrecht für die Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant **Wandel**: Die Strafgebel fließen in die Darlehns- und Unterstützungsstasse für die Arbeiter.

Abg. **Büchner** (Soz.): Die Arbeiter mußten bisher nichts davon; wir verlangen, daß die Arbeiter Mitsprache über die Verwendung der Strafgebel bekommen.

Die beiden Kapitel und einige weitere Titel werden bewilligt. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

172. Sitzung, Dienstag, den 22. April 1913, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Haus und Tribünen sind fast besetzt.

Die Vorlage über die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt- und Ringbahnstrecken wird in der Kommissionsfassung, also unter Ausschreibung der Banneebahn und der nördlichen Vorortlinien vom Stettiner Bahnhof — durch namentliche Abstimmung mit 192 gegen 143 Stimmen angenommen. (Leb. Beifall links.) Von den 443 Mitgliedern des Hauses haben sich 335 an der Abstimmung beteiligt. Geschlossen stimmten nur die Fortschrittler und die Sozialdemokraten für den Kommissionsbeschluss, für den auch die Änen und die Polen mit einer Ausnahme eintreten. Alle anderen Parteien waren geteilt vom Zentrum und den Konservativen stimmt ein großer Teil gegen die Vorlage. Der Zentrumsantrag, den Zweckverband zu den Kosten heranzuziehen und überhaupt nur 2,6 Millionen zu bewilligen, ist durch die Annahme des Kommissionsbeschlusses erledigt. Gegen die Linke wird die Resolution angenommen, daß bei der Tarifierhöhung auf die Tilgung und die Verzinsung des Anlagekapitals der Berliner Bahnen Bedacht genommen werden soll. In dritter Lesung wird das Gesetz ohne Debatte verabschiedet. Es geht nun an das Herrenhaus.

Die neue Ostmarkenvorlage

verlangt 175 Millionen Mark für die Ansiedelung, davon 100 Millionen für die Besitzbefestigung und 25 Millionen für Forst- und Domänenkäufe.

Abg. **Rindler** (Rom.) nimmt dem Gesetzentwurf zu und wünscht nur eine gewisse Vorsicht bei Enteignungen. Wenn Rückwanderer angesiedelt werden, ist eine gewisse Anzahl am Platze. Die Regierung soll ruhig und ohne Nadelstiche in ihrer bewährten Ostmarkenpolitik fortfahren. (Beifall rechts u. b. d. Natl.)

Abg. **De. Zimmer** (Zentr.) lehnt namens seiner Partei die Vorlage ab. Was hat man erreicht? Die deutsche Hand hat 1890 bis 1911 gegenüber der polnischen 104.000 Hektar verloren und man hat einfach die polnische Bevölkerung, die man ja doch nicht ausrotten kann, in die Städte gedrängt.

Abg. **Lagel** (Natl.) erklärte die Zustimmung seiner Partei zur Vorlage und zur ganzen Ostmarkenpolitik.

Abg. **v. Karborski** (Freisinn.) ebenso. Der Redner zitiert unter fortwährenden zustimmenden Rufen der Polen die scharfen Ausfälle der polnischen Presse, worin u. a. von der „Zatanshande“ die Rede ist, von dem „Ansturm des Deutschland“; die gegen die Polen losgelassen werden. Ich stelle fest, daß die polnischen Abgeordneten diese Angriffe billigen! (Hört, hört! rechts.) Als Preußen die polnischen Landesteile übernahm, waren sie in dem verrottesten und verlottertesten Zustand. Die Polen sollten Preußen dankbar sein. In England würde die polnische Presse für solche wilde Angriffe Hunderttausende an Gelbtrauen bezahlen. Hoffentlich bekommen wir auch in Deutschland solche Geißel! (Hört, hört! links.)

Abg. **Rindler** (Wp.) begründet einen Antrag, die 175 Millionen Mark für innere Besiedelung in ganz Preußen zu verwenden und wendet sich gegen die antipolitische Ausnahmeverordnung.

Landwirtschaftsminister **Dr. Frhr. v. Schorlemer** erjuht um Annahme des Gesetzes und beschuldigt die polnische Geißel, nicht nur die polnischen Geißel wahrzunehmen, sondern auch die deutschen katholischen Geißeln zuzuschlagen. (Große Unruhe im Zentr.)

Dhne die Tätigkeit der An siedlungs kommission wäre noch weit mehr deutscher Besitz an die Polen verloren worden.

Abg. **v. Zrampeyński** (Pole) wendet sich gegen die Beschuldigung, daß der Klerus polnisch-nationale Agitation betriebe. Den Boykott haben die Deutschen eingeführt. Der Landrat von Karborski ist dabei nicht ganz unbeteiligt. (Hört, hört! b. d. Polen und im Zentr.) Die Ähutenen in Galizien haben 4000 Volksschulen, aber wir Polen in Preußen haben gar keine!

Finanzminister **Dr. Lenge** rechtfertigt die preussische Polenpolitik als nationale Notwendigkeit. Es sehen sich in dieser ganzen Frage zwei Weltanschauungen gegenüber, zwischen denen eine Verständigung nicht möglich ist.

Abg. **Vordardt** (Soz.): Die Regierung muß selbst den Mißerfolg der Polenpolitik zugeben und der Berichterstatter Biered bedauert sogar die zunehmende Tüchtigkeit der polnischen Gewerbetreibenden. (Widerspruch des Abg. Biered.) Nun, Sie haben das Zurückgehen des deutschen Gewerbes bedauert und ihm durch die zunehmende Tüchtigkeit der Polen erklärt. Also bedauern Sie auch diese, wenigstens nach dem Sozialunterricht des humanistischen Gymnasiums. (Widerspruch des Abg. Biered.) Dann muß eben die weitere Zurücksetzung Ihnen die Logik genommener haben! (Große Heiterkeit links.) Abg. Biered ist nämlich Landgerichtspräsident in Posen. Vom Recht will Herr v. Karborski nichts wissen. Er beschuldigt die Gewerke und ist selbst der größte Heber. Am 31. Januar hat er förmlich in Wlutsch einen indischen Kriegsstand aufgeführt und zum militärischen Angriff auf das Volk auf der Straße aufgerufen. (Hört, hört! b. d. Soz.) rechtfertigt die angebliche Unterdrückung der Kuthenen in Galizien, die übrigens keine nationale,

sondern eine juristische Unterdrückung ist, dann die Polenvergewaltigung in Preußen, die gegen die Staats- und Reichsverfassung verstößt, das Freizügigkeits- und Grundbesitzrecht verleiht? (Sehr wahr! v. d. Gog.)

Ein Schlusstrag wird angenommen.
Durch einige persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Karberff (Freitons) und Vordardt (Gog.) ergibt sich, daß die in der von Vordardt gehaltenen Rede v. Karberff enthaltenen Worte darüber, daß der Sozialismus den herrschenden Parteien gegenüber nicht eine theoretische Sache, sondern eine sei, die auf der Straße, auf dem Schlachtfeld entzweit werden wird, von Wilhelm Liebknecht herrühren, daß aber die Aufforderung an den Staat, seine Machtmittel gegen den Sozialismus zu verwenden und den Angriffsgedanken der Armee in der Regierung zu betätigen, vom Abg. v. Karberff ausgesprochen wurde.

Die Vorlage wird gegen das Zentrum, die Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen, ebenso die Resolutionen. Der fortschrittliche Antrag wird abgelehnt.
Mittwoch 11 Uhr: Petitionen, Gesetz über innere Kolonisation.
Schluß 6 Uhr.

6. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

Breslau, 22. April 1913.

Der Verbandstag tagt als erster in den Mauern des neuen Gewerkschaftshauses; derselbe ist besucht von 27 Delegierten, 2 Vorstandsmitgliedern und dem Vorsitzenden des Ausschusses; die General-Kommission läßt sich durch Genossen Sobath-Berlin vertreten.

Der Vorsitzende Fauth-Berlin eröffnet den Verbandstag mit einem kurzen Rückblick auf die Beschlüsse der letzten in Bremerhaven stattgefundenen Generalversammlung die weitgehende Aenderungen beizufügen der Beitragshöhe traf und aus die Einführung der Krankenkasse und die Einführung der Altersrenten. Redner betont, daß diese Einrichtungen gütlicher Weise nicht die bestmögliche nachteilige Wirkung für den Verband gebracht habe, vielmehr sei dadurch die Situation etwas gebessert. In herzlichen Worten heißt er, wie auch Schumann-Breslau die Delegierten willkommen.

Als Leiter der Verhandlungen werden Schumann-Breslau und Fauth-Berlin mit gleichen Rechten gewählt.

Nachdem dann noch einige Internas, die sich auf Ausschluß von Mitgliedern beziehen, erörtert und eine dreigliedrige Kommission zur Beratung dieser Angelegenheit eingesetzt ist, erhebt zum Vorstandsbericht Fauth-Berlin das Wort.

Redner bedauert, daß diesmal kein gedruckter Geschäftsbericht herausgekommen ist, es sei ihm aber absolut nicht möglich gewesen, die Zeit für diese Arbeit zu bekommen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich leider, nach der Statistik des letzten Verbandstages, nirgendwo gebessert. Die damals aufgestellte Statistik zeigte, daß über 60 Prozent der Berufsmusiker noch nicht einmal einen Durchschnittslohn von monatlich 46 Mark haben. Um diesem Elend zu wehren sei es notwendig, daß die Organisationen in den einzelnen Orten fester wurzelt und es nicht notwendig sei, an den einzelnen Orten zu mehreren Malen Versuche zur Gründung der Organisationen zu machen. Um die Organisation zu fördern, habe der Vorstand für das Königreich Sachsen einen Gauleiter eingesetzt, es habe sich aber ergeben, daß diese Institution für den Musikerverband nicht praktisch sei, da es diesem Beamten kaum möglich sei, an die Kollegen heranzukommen. Es kommt während seiner Tätigkeit im Bezirk nur 35 Mitglieder gewonnen werden. Aller Arten Schwierigkeiten stellen sich der Agitation entgegen, nicht zum wenigsten wirken die Musikdirektoren Schwierigkeiten zu bereiten. Redner begründet im weiteren die Anstellung eines Agitationsleiters im Hauptbüro, der mit den Gewerkschafts-Parteien zwecks Sammlung von Adressen der Musiker in Verbindung zu treten habe, um so die einzelnen Kollegen durch Broschüren und Agitationschriften für den Verband zu interessieren und Mitglieder zu werben. Fauth verbreitet sich denn des längeren über Unstimmigkeiten, die sich zwischen dem Verband und den Partien von Leipzig und Bremen abgepielt haben und wo bedauerlicher Weise das Leipziger Parteiglied sich nicht Lobens- und nachsichtsvoller benahm. Doch abgesehen hieron habe die organisierte Arbeiterschaft den Bestrebungen der Berufsmusiker Verständnis entgegengebracht.

Im weiteren bringt Redner die Meinung des Vorstandes zu den zum Geschäftsbericht gestellten Anträgen, die sich auf Agitation, das Fachorgan und auf das Annoncenwesen, sowie auf Verwaltungseinrichtungen beziehen, zum Ausdruck. Seine Ausführungen klingen aus in der Mahnung, daß die Kollegen aller Orten sich in Zukunft in den Versammlungen mehr mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit Angelegenheiten-Versicherung, Vergütungsfragen und dergleichen beschäftigen sollen.

Der Kassenbericht erläuterte Plancks-Berlin. Nach diesem Bericht stellt sich die Kassenlage wie folgt:

Zulufte eines Kassenbestandes von 11.833,57 Mark vom 1. Quartal 1909 hatte der Verband vom 1. Quartal 1910 bis inklusive 4. Quartal 1912 eine Einnahme von 125.146,36 Mark. Die Gesamtausgabe betrug in dem gleichen Zeitraum 46.840,02 Mark. Der Kassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1912 48.806,91 Mark.

Unter den Ausgaben befinden sich für Kronenunterstützung 8719,14 Mark, Stabenunterstützung 1255 Mark, Reiserücklagen 199,27 Mark, Gemeinnützigkeitsunterstützung 667,89 Mark, außerordentliche Unterstüfung 2867,47 Mark, Rechtsrat 2253,64 M., Agitation 2270,83 Mark, Streiks im eigenen Beruf 350 Mark, Streiks anderer Berufs 500 Mark, für die Führung 4062,25 Mark und den Ortsverbänden bleiben zur freien Verfügung für lokale Ausgaben 31.440,14 Mark.

Der Verband zählte am Ende des Jahres 1912 37 Lokalstellen mit 1885 Mitgliedern. Die Situation der Mitglieder hat zur Folge, daß eifrige Jahrgänge zugrunde gingen. Die kritischen Ausführungen erstrecken sich auf Verwaltungsangelegenheiten.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Trudel-Samburg, gab den Bericht über eine Reihe Beschlüssen, über die der Ausschuss zu entscheiden habe.

Es erfolgte dann die Begründung der zum Vorstandsbericht gestellten Anträge. Unter anderem hat die Zahlreiche Samburg den Antrag gestellt, daß der 5. Verbandstag den Hauptverband beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, Volks- und Gewerkschaften sowie die Vereinzelt der modernen organisierten Arbeiter, anzuwerben aber auch die gewinnungswirksamen Institutionen zu veranlassen, im Bedarfsfall nur die Arbeitsnachweise unseres Verbandes zu benutzen.

Der Vorsitzende Fauth führte dazu aus, daß die Jurisdiktion der Zivildienstmusiker ganz von selbst seitens der Staatliche, Volks- und Gewerkschaftsdienst aufhören werde, wenn die Berufsmusiker es allgemein ernst mit ihrer beruflichen Ausbildung nehmen und sich bemühen, künstlerisch das Beste zu leisten.
Ueber die Debatte berichten wir morgen im Zusammenhang.

Gewerkschaftsbewegung.

Pollzeigewalt gegen Streikpostenstreichen.

Die Polizeiverwaltung in Krefeld erklärt nachstehende Bekanntmachung: „Bekanntmachung, das sogenannte Streikpostenstreichen betreffend.“

Durch Urteil des Königl. Kammergerichts vom 19. Februar 1905 ist entschieden, daß die Uebertretung einer Straßenpolizeiordnung nicht dadurch straflos wird, daß der Täter sie als Streikposten begangen hat. Den zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs von den polizeilichen Aufsichtsbeamten auf Grund der Oberpräsidial-Verordnung vom 19. Februar 1911 getroffenen Anordnungen müssen deshalb auch Streikposten untergeordnet Folge leisten.

Zur Durchführung ihrer Anordnungen werden die polizeilichen Aufsichtsbeamten nötigenfalls zur Anwendung von Gewalt und zur Festnahme der Täter zwecks Verbüßung weiterer Straftaten schreiten. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Anordnungen entscheiden die Polizeibeamten nach eigenem, pflichtmäßigen Ermessen, ohne daß dem Gericht eine Nachprüfung hierüber zusteht, wie das Königl. Kammergericht auch neuerdings am 19. Dezember 1912 entschieden hat.

Zur Vermeidung von Irrtümern bringe ich Vorstehendes zur Kenntnis mit dem Bemerkens, daß die Polizeibeamten ihre Befugnisse kennen und nachdrücklich ausüben werden.
Krefeld, den 18. April 1913.

Die Polizei-Verwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Der Zweck der Uebung in die Unterbindung des Streikpostenstreichen. Um das den Arbeitern zuziehende Recht der Kontrolle der Arbeitsstätten zu verhindern, schreift also der Oberbürgermeister und die Polizeiverwaltung von Krefeld nicht zurück vor Anwendung polizeilicher Gewalt. Die Streikposten werden eventuell durch gerichtliche Entscheidung feilsellen lassen, ob die Verordnung des Krefelder Oberbürgermeisters zu Recht besteht. Jedensfalls wird auch die neue Tat der Krefelder Polizeiverwaltung die Arbeiter nicht abhalten, mit aller Energie und Geschlossenheit den Kampf fortzusetzen, bis ein die Arbeiter befriedigender Abschluß gekommen ist.

Stadt und Provinz.

Achtung, Metallarbeiter! Die Streikigkeiten bei der Firma Hellmann in Breslau, Niedergasse 2, sind beigelegt.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Breslau, beschloß sich in einer am Dienstag Abend abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung im Stadthaus zum Goldenen Peter mit den recht stürmischen Beschlüssen der letzten Sonntagversammlung. Einzelne Redner sprachen sich dabei u. a. für die Gründung einer lokalen Vereinigung auf zentraler Grundlage aus, während Gemeinlichkeitsbeamter Golschmidt in ganz energiegelassen Worten vor einer weiteren Verschärfung der Arbeitnehmers warnte, weil ohnehin schon vier Organisationsformen dieser Arbeiter hier vorhanden sind. Gauleiter Schmidt riet ebenfalls, jetzt überhaupt in der Zeit der Tarifbewegung eine Schwächung der Organisation zu vermeiden. Den Nutzen daraus zieht nur der Arbeitgeber. Er spricht schließlich für die Wiederwahl des bisherigen Zahlstellenvorstandes. Wünsche u. a. verpflichten sich von den zentral geführten Verhandlungen recht wenig, nur eine Verschärfung werde erreicht. Naumann sprach von einem blinden Kabaergehörigkeit des bisherigen Systems. Disziplin habe die Organisation stets gewahrt und werde sie auch weiter, wenn auch in anderer Form, wahren. Giffler meinte, der Kampfscharakter werde durch diese Lohnbewegung vollständig schwinden. In einem Vorstand ist allerdings vorläufig in Breslau unter den markanten Vorkommnissen nicht mehr zu denken. Wünsche eruchte den Verfasser der Protestresolution Trobst dieselbe wieder zurückzuziehen. Der alte Vorstand wäre vielleicht wieder zur Uebnahme seiner Aemter bereit. Trobst verwehrt die Zurückziehung der Resolution, für eine Wiedereingabe sei er nicht abgeneigt.

Schließlich gelangte mit allen gegen eine Stimme eine Resolution des alten Vorstandes zur Annahme:

Die heute am 20. April im Gewerkschaftshause tagende Mitgliederversammlung bedauert die Verlängerung des Tarifvertrags auf den 19. April, weil es den hiesigen Kameraden dadurch unmöglich gemacht wurde, ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, wie es infolge der umfangreichen Ausstellungsarbeiten zur Jahrbundfeier möglich gewesen wäre. Sie erwartet nun vom Zentralvorstand, daß er, wenn nun einmal die Verhandlungen auf zentraler Grundlage erledigt werden sollen, bei denselben wirft, zwischen den annähernd gleich großen Orten einen Ausgleich in den Löhnen zu schaffen, da die Bedürfnisse und Lebensbedingungen der Kameraden in denselben die gleichen sind.

Demnach erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Trobst als 1. Vorsitzender, Wünsche als Stellvertreter, Oskar Lehmann als Kassierer, Friedrich als Stellvertreter, Robert Giffler als 1. Schriftführer, Bunte als Stellvertreter, Naumann als 1. Revisor und Demuth als Stellvertreter.

Deutsches Reich und Ausland.

Neue Verhandlungen für das Bauernschaftsgewerbe. Zwischen dem Unternehmerverband, dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer sollen zur Beilegung des Streiks am Donnerstag die Verhandlungen in Berlin wieder aufgenommen werden.

Abgelehntes Unternehmer-Angebot im Hamburger-Zimmerergewerbe. Die Zimmerer in Hamburg-Altona haben in einer überfüllten Versammlung am Montag das Zugeständnis der Unternehmer, den Lohn in diesem Jahre um 5 Pfg., nämlich nach Tarifabschluss um 2 Pfg. und am 1. Oktober um 2 Pfg. zu erhöhen, abgelehnt. Sie verlangen ein weiteres Entgegenkommen in der Lohnfrage, eine Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem die Erhöhung des Lohnes der ungelerten Einschaler bis auf den Lohn der Zimmerer.

Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe. Die Verhandlungen zur Feststellung eines Tarifvertrages im Baugewerbe haben am Dienstag im Reichstage unter Vorsitz der Unparteilichen Dr. Bremner, Rath und v. Schulz wieder begonnen. Die Unparteilichen haben den Parteien Vorschläge unterbreitet, über die die Parteien gefondert Stellung nehmen werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 23. April. Aus der Partei. Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes entgegen. Nach demselben hat sich der Mitgliederbestand gegen das Vorjahr nicht gehoben. Auch die Kassenverhältnisse haben sich nicht gebessert. Der Vorstand wurde mit einer kleinen Aenderung wiedergewählt. Strauß beschloß sich die Versammlung mit dem Landtagswahl. Beschlossen wurde, recht eifrig sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Am Dienstag, den 23. April findet eine Mitglieder-Versammlung in der „Garnison“ statt, in der die Aufstellung der Wahlmanns-Kandidaten erfolgt. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung auf Erhebung eines Zuschlages von 5 Pfg. auf den jetzigen Beitrag, wurde bedauerlicherweise abgelehnt, doch ist zu hoffen, daß sich in einer der nächsten Versammlungen ein Mehrzahl dafür finden wird. Schon im Interesse der örtlichen Arbeitervereine, Jugendbewegung, Bildungsvereine und anderer wichtiger die Genossen dem Zuschlage zustimmen. Aber auch in der Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern könnte ganz Erhebliches geleistet und dadurch die Kasse gestärkt werden. Mögen die Genossen allezeit für den Verein tätig sein, dann wird es auch besser werden. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Verhandlungen am 1. Mai aufmerksam gemacht und zu reger Beteiligung aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Glag, 23. April. Im Zeitakter der sozialen Fürsorge. Unter dieser Spitzmarke berichtet die „Breslauer Morgen-Zeitung“: Aus der Grafschaft wird folgender trauriger Fall gemeldet, der in schroffem Widerspruch zu den sozialen Bestrebungen steht und dringend der Aufmerksamkeit bedarf.

Zwischen Langenbrück und Brand wurde kürzlich ein circa 30jähriger Mann in halber in vollständig erschöpftem, hilflosem Zustande aufgefunden. Er kam aus dem Habelschwerdter Krankenhaus, wo er wegen erkrankter Füße, die ihm ungefähr zur Hälfte abgeschnitten waren, gelegen hatte. Da die Krankenkassenzahlung abgelaufen, erfolgte die Entlassung. In hilflosem Zustande, aller Mittel bar, suchte er, auf den Fußstummeln laufen, seinen Heimatort Krensdorf in Pöhmen zu erreichen, etwa 20 Kilometer von Habelschwerdt entfernt und auf einem Wege, welcher circa 500 Meter Steigung hat. Er war auf dem Wege zusammengebrochen und blieb mehrere Tage ohne Nahrung. Von dem Wasser einer Pfütze soll er seinen Durst gelöscht haben. Der Krankenhausverwaltung in Habelschwerdt bleibt der Vorwurf nicht erspart, verabsäumt zu haben, die Heimatbehörde von der bevorstehenden Entlassung des hilflosen Mannes zu benachrichtigen. Durch die Unwissenheit des Leiters ist der Mann aufs neue schwer erkrankt und liegt im Reichsanwaltschafts-Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

Altmasser, 23. April. Ein Kind erstickt. Am Sonntagabend war die Ehefrau des Arbeiters Wetzke, Charlottenbrunner Straße wohnhaft, einen Augenblick aus ihrer Wohnung abwesend. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrte, fand sie ihr 18 Monate altes Kind tot im Bett vor. Es wird angenommen, daß das Kind erstickt ist. Ob sich diese Annahme bestätigt, wird jedoch erst die behördliche Untersuchung ergeben.

Börlitz, 23. April. Endlich genehmigt! Lang, lang ist's her — es war im November 1911 —, als Magistrat und Stadtvorordnete den Beschluß faßten, ein Krematorium für Börlitz zu errichten. Am 7. Juni 1912 wurden diese Einzelheiten zur Ausführung des Baues beschlossen und ebenso einstimmig als Bauplan bewilligt. Jedoch die Regierung nahm Anstoß an einer nicht erfüllten Formalität (Bureauprotokoll fordert auch ein Recht) und so mußte der Beschluß — es geschah dies am 5. Oktober 1912 — noch einmal wiederholt werden. Doppelt hält bekanntlich besser. Nachdem nunmehr noch ein halbes Jahr verfloßen, traf endlich die Genehmigung der Regierung zum Bau des Krematoriums bei den städtischen Behörden ein. — Ja, ja! — Ein Ding will Weile haben! — Hoffentlich nimmt nun die Ausführung des Baues nicht mehr Zeit in Anspruch, als die Erstellung der Genehmigung durch die Regierung.

Bathian, 23. April. Herr Redakteur Nowal auf den liberalen Agitations-Rappen. Die letzte öffentliche Versammlung in Niederpomorsch hat es dem ehemaligen liberalen Redakteur Nowal angetan. Er hat darüber einen Bericht in den „Schlesischen Landesboten“ gebracht, auf den wir besser nicht eingehen. Nur wollen wir unseren Lesern verraten, daß das hiesige Zentrumsbüchlein die moralische Verantwortung dafür ablehnt und Herrn Nowal auf das „Eingeländt“ verwies. Wenn das Zentrumsbüchlein seinem Parteianhänger gegenüber schon tut, dann will das viel besagen. Um nun Herrn Nowal Gelegenheit zu geben, sein uns gegebenes Versprechen, innerhalb acht Tagen mit uns zu diskutieren, wahr zu machen, haben wir für nächsten Sonntag, den 7. April, eine zweite Versammlung nach Niederpomorsch einberufen. Hoffentlich erbringt uns dabei Herr Nowal die Beweise für seine Behauptungen. Vielleicht kann er uns auch erklären, warum das Lokal des Gastmutes die als Wahllokal rückgängig gemacht wurde? Genossen! An uns liegt es, für eine gute Versammlung zu sorgen. Es ist der beste Protest gegen diese Minderheitspolitik. Freitag Abend Flugblattverbreitung zu der Versammlung. Treffpunkt wird noch bekannt gegeben.

Posen, 23. April. Zwei Millionen-Anleihe. Die Stadtvorordneten beschloßen die Aufnahme einer Anleihe von zwei Millionen Mark bei der Reichsversicherungsanstalt für Privatangehörige.

Leier! Bevorzugt bei Guerra Eintänzen unsere Forderungen und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

Jeder Magen braucht

zur Unterstützung seiner wichtigen Arbeit eine der neu erfundenen schmackhaften würzigen

Zu jeder Speise sofort und ohne Zutaten eine delikate Sauce!

Ich will erfrischen! Rasche Verfeinerung auch des einfachsten Essens!

Rotti-Saucen

10erlei Würfel à 10 Pfg.

Altehrwürdiger Erfinder und Hersteller: Houszody & Schwarz, Rotti-Gesellschaft m. b. H., München.

Auch kleine Fabriken der echten, anerkannt ersten Rotti-Würfel, -Saucen, -Würfeln und -Saucenwürfel.

